


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

AUSWIRKUNGEN DER SANKTIONEN RUSSISCHE DEUTUNGEN DER WELTLAGE

■ ANALYSE	
Die Russlandsanktionen	
Ihre Konzeption, ihre Wirkung und ihre Funktion innerhalb der Russlandpolitik	2
Roland Götz, Wiltingen	
■ ANALYSE	
Russischer Banken- und Finanzmarkt im Sanktionskorsett	
Die Finanzsektorsanktionen der EU und der USA zeitigen heftigere Auswirkungen als antizipiert	6
Gunter Deuber, Wien	
■ GRAFIKEN ZUM TEXT	
Russische Finanzindikatoren	14
■ STATISTIK	
Entwicklung der Aktienindexe und der Währungskurse	19
■ UMFRAGE	
Die russische Öffentlichkeit über Sanktionen	20
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Neue Kriegeskalation nach den Wahlen im Donbass?	23
■ KOMMENTAR	
Selbstgespräch in der Wagenburg	26
Hans-Henning Schröder, Bremen	
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
PUTIN!	31
Jens Siegert, Moskau	
■ CHRONIK	
24. Oktober – 6. November 2014	33

Die Russlandsanktionen

Ihre Konzeption, ihre Wirkung und ihre Funktion innerhalb der Russlandpolitik

Roland Götz, Wiltingen

Zusammenfassung

Die Russlandsanktionen haben erneut demonstriert, dass Sanktionen auf das Verhalten autoritär geführter Staaten nur geringen Einfluss ausüben können. Jedoch erfüllten sie ihre Rolle, die Werte des Westens zu demonstrieren. Sie werden in Reaktion auf eine Kooperation Russlands in der Ukrainefrage schrittweise zurück genommen werden, verbleiben aber im Rahmen einer neu konzipierten Russlandpolitik als Reserve. Ihre Intensität ist durch Rücksichtnahme auf realpolitische Interessen begrenzt.

Das Konzept: Zielgerichtete statt umfassende Sanktionen

Ausgedehnte Handelssanktionen, wie sie bis Mitte der 1990er Jahre verhängt wurden, trafen in erster Linie die breite Bevölkerung des sanktionierten Landes, jedoch kaum die herrschende Schicht. Außerdem schädeten sie der Wirtschaft des »Senders« der Sanktionen erheblich, wenn zum »Empfänger« intensive Wirtschaftsbeziehungen bestanden. Daher suchte man nach Wegen, um Sanktionen gezielter und möglichst ohne unerwünschte Neben- und Rückwirkungen einsetzen zu können. Vor allem vor dem Hintergrund der desaströsen Folgen für die Bevölkerung der gegen den Irak 1990 als Antwort auf die Kuwait-Invasion verhängten Sanktionen begannen Abteilungen der Vereinten Nationen, Vertreter einzelner Regierungen sowie von NGOs Mitte der 1990er Jahre das Konzept der »intelligenten« oder »zielgerichteten« Sanktionen (*smart sanctions*, *targeted sanctions*) zu entwickeln.

Zielgerichtete Sanktionen umfassen drei Gruppen von Maßnahmen: Erstens *diplomatische Sanktionen* wie die Ausweisung von Diplomaten, den Ausschluss von Ländern aus internationalen Organisationen und die Begrenzung von zwischenstaatlichen Kontakten; zweitens *individuelle Sanktionen* wie Reisebeschränkungen und Sperrung von Bankkonten, die gegen einzelne Politiker eines Landes verhängt werden; Drittens *selektive Wirtschaftssanktionen*, die ausgewählte Sektoren des sanktionierten Landes betreffen – dazu gehören Embargos für bestimmte Erzeugnisse wie etwa Rüstungsgüter und Dual-Use-Produkte sowie Finanzsanktionen wie das Verbot von Investitionen im Zielland der Sanktionen oder die Beschlagnahme von Auslandsvermögen.

Die Sanktionspraxis

Die EU, die USA und andere westliche Länder haben gegen Russland zwischen März und September 2014 in mehreren Schritten derartige zielgerichtete Sanktionen (im EU-Sprachgebrauch »restriktive Maßnahmen«) ver-

hängt, die das Spektrum der drei Sanktionsgruppen ausschöpften. Die selektiven Wirtschaftssanktionen betrafen neben dem Bankensektor Russlands nur Exportgüter westlicher Staaten (Waffen, Dual-Use-Güter, Ausrüstungen für die Ölförderung), während Importe aus Russland nicht beschränkt wurden.

Außerdem beendete die Ukraine im April 2014 auf Weisung von Präsident Poroschenko die Rüstungszusammenarbeit mit Russland, die sich auf die gegenseitige Belieferung mit Bauteilen für Raketen, Schiffe, Flugzeuge und Hubschrauber und die Wartung von Waffensystemen erstreckt hatte. Dies wirkt sich auf russischer Seite unmittelbar hemmend auf die Produktion und Wartung älterer Waffensysteme aus, während neue Versionen bereits ohne ukrainische Zulieferungen auskommen. Auf Anweisung Putins wurde ein Programm der Importsubstitution gestartet, das allerdings erst in Jahren vollen Ersatz erwarten lässt. Auf ukrainischer Seite entstehen entsprechende Exporteinbußen, die sich ebenfalls nicht kurzfristig durch ein Ausweichen auf andere Absatzmärkte ausgleichen lassen.

Bilanz der Wirkungen, Neben- und Rückwirkungen der Russlandsanktionen

Wie bei den umfassenden Handelssanktionen stellen sich auch bei den zielgerichteten Sanktionen ungewollte Nebeneffekte beim Sanktionsempfänger ein. Selektive Wirtschaftssanktionen strahlen in weitere Wirtschaftsbereiche aus und haben Folgen, die mit denen allgemeiner Handelssanktionen vergleichbar sind – auch sie haben Auswirkungen auf die breite Bevölkerung. Die Finanzsanktionen gegen staatsnahe Banken und Unternehmen führen zu Zinsanstieg und Kreditvertuerung, wovon vor allem Kleinunternehmen und Mittelständler betroffen werden (mit Ausnahme derjenigen, die durch Importsubstitution Geschäfte machen), während Großunternehmen mit guten Verbindungen zur politischen Führung auf staatliche Unterstützung hoffen können. Wenn die Sanktionen wie im Falle Russlands das allgemeine Geschäftsklima derart belasten, dass Projekte

ausländischer Investoren auf Eis gelegt oder gänzlich aufgegeben werden, wird das wegen der Stagnation des Ölpreises ohnehin bereits geringe Wirtschaftswachstum zusätzlich gedämpft. Die staatlichen Investitionsausgaben sowie Bildungs- und Sozialaufwendungen gehen zurück, während die Rüstungsausgaben (auch dank des nationalistisch aufgeputschten innenpolitischen Klimas) weiter erhöht werden können. Faktoren, die für und gegen Russlands Verwundbarkeit durch Sanktionen sprechen, sind in Tabelle 1 (s. unten S. 10) zusammengestellt.

Die Gegenüberstellung macht deutlich, dass sich auf dem Gebiet der Wirtschaft die Faktoren, die Russlands Verwundbarkeit verringern und erhöhen, in etwa die Waage halten – auch wenn eine exakte quantitative Abwägung nicht möglich ist. Daraus folgt, dass Russlands Wirtschaft zumindest in einem gewissen Umfang für Wirtschaftssanktionen anfällig ist. Dagegen sprechen sämtliche Gesichtspunkte gegen eine politische Verwundbarkeit. Die Russlandsanktionen haben somit zwar merkbare ökonomische Auswirkungen, können jedoch die Bevölkerung – zumindest kurzfristig – nicht von einer Unterstützung des Regimes abbringen.

Russlands Gegensanktionen waren erstaunlich zurückhaltend und beschränkten sich auf ein Importverbot für Agrarerzeugnisse aus der EU, Norwegen, Kanada und Australien. Weil sich durch den Wegfall von Lebensmittelimporten aus westlichen Ländern die Absatzchancen für einheimische Erzeuger erhöhen, kann man diesen Sanktionsschritt gleichzeitig als Hilfe für die eigene Landwirtschaft verstehen. Spürbare Auswirkungen verzeichnen die Landwirte vor allem im Baltikum und in Polen, die auf den Export von Milcherzeugnissen und Obst nach Russland verzichten müssen, dabei allerdings auf Entschädigungen durch die EU hoffen dürfen.

Die vom Westen verhängten Verbote von Kooperation und Technologieexporten im Ölbereich wurden von Russland nicht durch eine Einschränkung seiner Energielieferungen beantwortet. Insbesondere wurde das im Westen befürchtete Gasembargo gegen Europa nicht verhängt. Dafür gibt es einleuchtende Gründe: Mit einem von ihr befohlenen Lieferstopp hätte Russlands Regierung »nur« das größte Unternehmen des Landes in den Ruin getrieben. Mit einem Ölembargo gegen den Westen würde Russland geradezu ökonomischen Selbstmord begehen, denn mit den Einnahmen aus dem Öllexport, der fast ausschließlich nach Europa geht, wird nahezu die Hälfte des Staatshaushalts bestritten. Mit Recht bemerkte daher Rosneft-Chef Igor Setschin im Spiegel 36/2014 zu derartigen Befürchtungen: »Nur Laien können auf so eine Idee kommen«. Umgekehrt aber wäre ein vom Westen gegenüber Russland verhängtes Ölembargo eine höchst wirksame Sanktion, die durch Einsatz der

Ölreserven in der EU und in den USA und durch Nutzung der freien Förderkapazitäten Saudi-Aubiens viele Monate durchgehalten werden könnte, ohne dass ein Anstieg des Ölpreises auf dem Weltmarkt zu befürchten wäre. Doch der Westen scheut sich, dieses »finale« Instrument anzuwenden.

Die Sanktionsbereitschaft der Bevölkerung des »Senders« wird einerseits vom Anlass der Sanktionen bestimmt (und war nach dem Abschuss von MH17 besonders hoch), hängt aber auch vom Sanktionsgrad (der Schwere der Sanktionen) ab. Sie nimmt bei Verschärfung der Sanktionen zunächst zu, weil eine Reaktion auf das Verhalten des Sanktionsempfängers begrüßt wird. Ab einem gewissen Ausmaß des Sanktionsgrades, wenn Rückwirkungen und Gegensanktionen spürbar werden, nimmt die Sanktionsbereitschaft beim »Sender« wieder ab. Dazu kommt, dass scharfe Sanktionen im Falle Russlands deswegen abgelehnt werden, weil das Land vom Westen als weltpolitischer Partner gebraucht wird. Die maximale Zustimmung wird bei mittelstarken Sanktionen erreicht. Die Popularität der Führung des Sanktionsempfängers nimmt mit Verstärkung der Sanktionen oft ebenfalls zu (*rally around the flag*-Effekt) und erst bei sehr wirksamen Sanktionen wieder ab. Das »Sanktionsdilemma« gegenüber einem autoritär geführten Staat wie Russland besteht darin, dass die Sanktionen erst dann unmittelbare Wirksamkeit auf die politische Führung entfalten, wenn sie so intensiv sind, dass sie von der Bevölkerung des »Senders« wegen der unvermeidlichen negativen Rückwirkungen auf die eigene Wirtschaft kaum mehr toleriert werden (s. Grafik 1 auf S. 10). Von nur begrenzten Sanktionen, wie sie der Westen gegen Russland 2014 verhängte, kann aber zumindest kurzfristig keine Richtungsänderung der Politik Russlands erwartet werden. Dennoch sind sie nicht überflüssig, da sie als »Akte politischer Kommunikation« (Zweynert) Botschaften übermitteln, von denen zumindest langfristige Wirkungen ausgehen können.

Russlandsanktionen innerhalb der zukünftigen Ukraine- und Russlandpolitik

Sanktionen spielten in der Ukraine Krise nur eine überwiegend begleitende Rolle. Entscheidend für ihren Verlauf – die mit Russlands militärischer Macht vollzogene Abspaltung der Krim und von Teilen der Ostukraine – war die begrenzte Kampfkraft des ukrainischen Militärs sowie Russlands massive Unterstützung der Separatisten, die wiederum wegen der geringen politischen Verwundbarkeit des Landes kaum oder gar nicht durch Sanktionen beeinflusst werden konnte. Putin nimmt die erheblichen Kosten seiner Ukrainepolitik – neben den Sanktionsfolgen sind das die Kosten für die Umsiedlung der Flüchtlinge aus der Ostukraine sowie den Aufbau

der zerstörten Infrastruktur im Osten – in Kauf, weil er sich in der Ukrainefrage als Sieger in der Auseinandersetzung mit dem Westen darstellen und bei den Präsidentschaftswahlen 2018 auf die Unterstützung der Nationalisten in Russland rechnen kann.

Der internationalen Diplomatie obliegt es nun, die Waffenstillstandslinie im Osten der Ukraine in eine faktische, einigermaßen befriedete Grenze umzuwandeln und hat mit den Minsker Vereinbarungen vom September 2014 über die Schaffung einer demilitarisierten Zone bereits damit begonnen. Die »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk werden zu russlandhörigen Territorien nach dem Muster von Abchasien, Südossetien und Transnistrien. Die Ukraine gehört wie Georgien und Moldau in milder Form zu Russlands Einflusszone, weil ihr, wie diesen, der NATO-Beitritt verwehrt wird. Die Westukraine wird zum Aufbauprojekt der EU, während die Ostukraine und die Krim Russlands Staatshaushalt zur Last fallen. Für die Ukraine bietet sich, wie Matthias Dembinski, Hans-Joachim Schmidt und Hans-Joachim Spanger dargelegt haben, vor allen anderen Alternativen das Neutralitäts- oder Brückenmodell an. Es ermöglicht westliche Demokratie und Marktwirtschaft einschließlich einer fernen EU-Beitrittsperspektive, setzt aber militärische Bündnisfreiheit voraus. Allerdings gilt dies – anders als die Autoren bei Abfassung ihrer Studie noch meinten – heute nicht mehr für die abgespaltenen Teile der Ostukraine und die Krim, woran auch eine Verschärfung der Sanktionen nichts mehr ändern würde.

Parallel dazu wird nach einer neuen Russlandstrategie gesucht, die auch Rückwirkung auf die Handhabung der Russlandsanktionen hätte. Putins Vorgehen in der Ukraine untergräbt die vor allem in Deutschland gepflegten Hoffnungen auf »Annäherung durch Verflechtung« und »Modernisierungspartnerschaft«. Weder die gegenüber dem nachsowjetischen Russland praktizierte »kooperative Einbindung« (»engagement«), noch die von George F. Kennan gegenüber der Sowjetunion konzipierte und im Kalten Krieg realisierte Strategie der Eindämmung (»containment«) bieten sich in Reinform an. Eine Verbindung beider Strategien war von

einem Team um Zalmay Khalilzad in einer RAND-Studie 1999 als US-Politik gegenüber China formuliert und als »congame« bezeichnet worden. Dembinski, Schmidt und Spanger schlagen dieses Zwitterkonzept als künftige Russlandstrategie des Westens vor und prägen dafür den Begriff »Einhegung«. Gegenüber Russland sollen demnach einerseits die wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kontakte verstärkt, andererseits soll die eigene militärische Position gefestigt und den NATO-Verbündeten unbedingter Beistand zugesichert werden. Die Strategie der Einhegung umfasst sowohl die Bereitschaft zum Dialog bis hin zur Wiederbelebung der strategischen Partnerschaft mit Russland, als auch die Verstärkung der eigenen Fähigkeit, auf Regelverletzungen Russlands angemessen reagieren zu können. Denselben Gedanken stellte Karsten D. Voigt in den *Russlandanalysen* 284/2014 unter das Motto: »Zusammenarbeit wo möglich, Risikoversorgung und Gefahrenabwehr, wo nötig«.

Die Russlandsanktionen des Jahres 2014 ermöglichten es den westlichen Staaten, ihren Protest gegen Russlands Verstöße gegen internationales Recht nachdrücklich zu signalisieren. Die Sanktionen werden nun, statt wie bislang isoliertes Instrument und Notlösung zu sein, einen Platz in der künftigen Russlandpolitik einnehmen müssen. Sie werden, wenn Russland dafür sorgt, dass sich die Separatisten an die Minsker Vereinbarungen vom September 2014 halten, voraussichtlich nicht über ihre auf ein Jahr (bis Mitte 2015) befristete Laufzeit hinaus verlängert werden. Sie werden allerdings reaktiviert und ausgeweitet werden müssen, sollte Russland in weiteren Teilen der Ukraine separatistische Bestrebungen unterstützen. Aber auch dann werden sie wohl nur Signalcharakter haben und Russlands Vorgehen nicht verhindern können. Höchst wirksame Sanktionen, wie einen Ausschluss der Banken Russlands vom SWIFT-System oder ein Ölembargo will man nicht ergreifen, weil man Russland nicht in eine vollständige Isolation vom Westen und außenpolitisch in die Arme Chinas treiben möchte. Die Russlandsanktionen signalisieren Werte, aber sie beugen sich den Interessen.

Über den Autor

Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln und an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und der Wirtschaft Russlands beschäftigt. Zum Thema ist von ihm erschienen: *Coercing, Constraining, Signalling. Wirtschaftssanktionen gegen Russland*, in: *Osteuropa*, 7/2014, S. 21–29.

Lesetipps

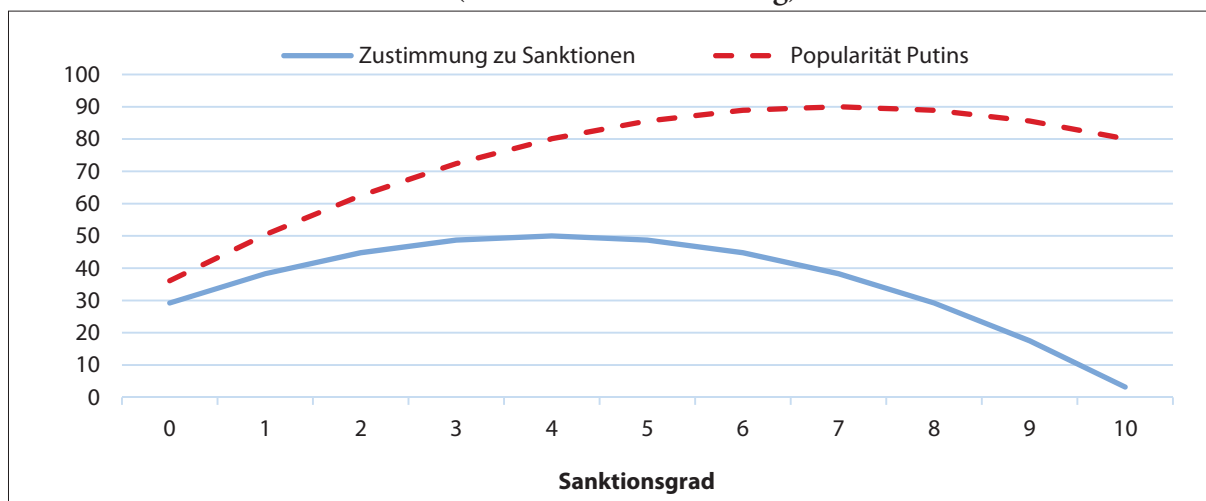
- Lohmann, Sascha: Unilaterale US-Sanktionen gegen Russland. Perspektiven für die transatlantische Zusammenarbeit (= SWP Aktuell 30/2014), Berlin, Mai 2014 <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A30_lom.pdf>.

- Jurgens, Igor: Targeted Sanctions with an Unclear Target, in: Paul Saunders (Hg.): Costs of a New Cold War. The U.S.-Russia Confrontation over Ukraine, Washington D.C., 2014, S. 39–50; <<http://www.cftni.org/Costs%20of%20a%20New%20Cold%20War.pdf>>.
- Zweynert, Joachim: Was bringen Sanktionen? Politökonomische Anmerkungen, in: Wirtschaftsdienst, 94.2014, Nr. 9, S. 606–607; <<http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2014/9/was-bringen-sanktionen-polit-oekonomische-anmerkungen/>>.
- Basedau, Matthias, Clara Portela, Michael von Soest: Peitsche statt Zuckerbrot. Sind Sanktionen wirkungslos? (=GIGA Focus Global 11/2010), Hamburg, 2010, <http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_global_1011.pdf>.
- Dembinski, Matthias, Hans-Joachim Schmidt, Hans-Joachim Spanger: Einhegung. Die Ukraine, Russland und die europäische Sicherheitsordnung (= HSKF-Report 3/2014), Frankfurt a.M., 2014; <<http://hsfk.de/fileadmin/downloads/report0314.pdf>>.
- Meister, Stefan: Putin richtig verstehen. Warum die Ukraine Krise eine Russland Krise ist (= DGAP Standpunkt 6/2014), Berlin, 8. September 2014; <<https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapstandpunkt/putin-richtig-verstehen>>.

Tabelle 1: Verwundbarkeit Russlands durch Sanktionen

	verringert Verwundbarkeit	erhöht Verwundbarkeit
ökonomische Faktoren	geringe staatliche Auslandsverschuldung, hohe Währungsreserven	hohe Exportabhängigkeit des Staatshaushalts, beträchtliche private Verschuldung im Ausland
	symmetrische Interdependenz bei Erdgas	asymmetrische Interdependenz bei Erdöl zu Ungunsten Russlands
politische Faktoren	starke Identifikation der Bevölkerung mit Putin	
	Unabhängige Medien werden bedrängt, Opposition wird unterdrückt	
	Russland ist dem Westen als weltpolitischer Partner wichtig	

Grafik 1: Das Sanktionsdilemma (schematische Darstellung)



Russischer Banken- und Finanzmarkt im Sanktionskorsett

Die Finanzsektorsanktionen der EU und der USA zeitigen heftigere Auswirkungen als antizipiert

Gunter Deuber, Wien

Zusammenfassung

Die Intention der EU/US-Sanktionen im Banken- und Finanzsektor war es, den Druck auf Russland langsam, graduell und planmäßig zu erhöhen. Aktuell ist zu beobachten, dass die kurzfristigen unmittelbaren Sanktionsfolgen im Banken- und Finanzsektor heftiger sind, als von vielen antizipiert. Nahezu die ganze Wirtschaft Russlands ist von der internationalen (Re-)Finanzierung abgeschnitten, US-Dollar werden gehortet und der Rubel hat heftig an Außenwert verloren. Auch der Druck auf die Devisen- und Fiskalreserven hat sich bereits merklich erhöht. Im aktuellen Sanktionskorsett könnte Russland noch 18–24 Monate agieren, ohne dass größere Probleme auftreten. Daher hoffen viele russische und westliche Wirtschaftstreibende im Moment noch auf eine Entspannung in den kommenden 12–18 Monaten.

Allerdings werden auch zunehmend Überlegungen über Implikationen eines Szenarios ohne Deeskalation angestellt; hier gäbe es substanzielle Risiken für Russland und für Unternehmen, die auf dem russischen Markt engagiert sind. Prinzipiell gilt: Die internationale finanzielle Verflechtung Russlands passt nicht zu einer isolationistischen Politik; diese (wirtschafts-)politische Einstellung gewinnt aber an Einfluss und daher wäre es vorschnell, eine weitere Eskalation als prinzipiell undenkbar abzutun.

Umfassende Finanzsektorsanktionen der EU und der USA

Die breit angelegten bzw. sektoral-selektiven Wirtschaftssanktionen der EU und der USA gegen Russland zielen (vor allem seit deren Verschärfung im September) bis dato vor allem auf den Geschäftsbanken- und Finanzsektor bzw. entfalten hier auch kurzfristig eine spürbare Wirkung. Die kurzfristigen Effekte sind sogar stärker als von vielen antizipiert. Die Auswirkungen der Sanktionen im Banken- und Finanzbereich manifestieren sich in den letzten Monaten in einem (erzwungenem) Auslandschuldenabbau, Kapitalabflüssen und einem heftigen Verfall des Außenwertes des Rubels. Diese markanter als erwartet eingetretenen kurzfristigen Wirkungen im Banken- und Finanzsektor lassen sich durch die Tatsache erklären, dass gerade der russische Bankensektor eher ein Schwachpunkt der russischen Volkswirtschaft ist, da er in gewisser Weise strukturelle Schwächen der russischen Wirtschaft in seinen Bilanzen abbildet. Zwar gibt es genügend Fremdwährungszuflüsse ins Land sowie Vermögenswerte im Ausland; dennoch sind russische Banken und Firmen auf eine substanzielle (Re-)Finanzierung im Ausland angewiesen.

Prinzipiell gilt, dass die Reichweite der Banken- und Finanzsektorsanktionen der EU und USA beträchtlich ist. Die EU und die USA haben fünf staatsnahe russische Kreditinstitute mit Sanktionen belegt, die USA zusätzlich noch fünf weitere sehr kleine Banken mit vernachlässigbaren Gesamtmarktanteilen. Der Marktanteil der von der EU und den USA sanktionierten staatsnahen Banken liegt bei etwa 55–56 % der gesamten Banken-

aktiva im russischen Bankensektor. Um in einem hypothetischen Szenario in Westeuropa eine analoge Sanktionsdichte zu erreichen, müssten mindestens die zehn bis fünfzehn größten westeuropäischen Banken mit Sanktionen belegt werden. Der Umstand, dass man durch Sanktionierung von »nur« fünf staatsnahen Banken in Russland eine derart hohe Sanktionswirkung entfalten kann, ist ein augenfälliges Spiegelbild der sehr hohen Marktkonzentration im russischen Bankensektor insgesamt und vor allem ein Spiegelbild der hohen Staatslastigkeit hier (wie auch in anderen strategischen Sektoren der russischen Wirtschaft). Insofern wird nun der unverkennbare Trend zur Monopolisierung in Staatshand zum Stolperstein für den russischen Bankensektor. Zudem verstärken weitere Sanktionen im Finanzmarktbereich, die gegen einige wenige russische Großunternehmen verhängt wurden (z. B. Rosneft, Gazprom Neft), die Sanktionen gegen die führenden russischen Banken zusätzlich. Darüber hinaus haben die EU-Sanktionen extraterritoriale Gültigkeit und gelten damit auch für Nicht-EU-Firmen, die Geschäfte mit Russland und sanktionierten Entitäten über die EU bzw. über EU-Kapitalmärkte abwickeln. Des Weiteren gelten sie für Tochterbanken der sanktionierten Kreditinstitute außerhalb der EU, wenn der Kapitalanteil der sanktionierten russischen Firmen größer als 50 % ist (eine Ausnahme gibt es hier für die türkische Denizbank). Die Bankentöchter der sanktionierten russischen Entitäten innerhalb der EU, also die Europatöchter von Sberbank und VTB in Wien, »VTB Capital« PLC in London oder »VTB Bank (Deutschland) AG« sind allerdings von den

EU-Sanktionen nicht betroffen. Allerdings repräsentieren deren Aktivitäten innerhalb der EU sehr niedrige, einstellige Prozentwerte in den Gesamtaktiva von Sberbank und VTB. Ferner dürfen die in der EU ansässigen Töchter der russischen Großbanken die Sanktionen gegen das Mutterunternehmen nicht aktiv unterlaufen. Neben den unmittelbaren Restriktionen gegen russische Geschäftsbanken haben die Europäische Investitionsbank (EIB) und vor allem die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) – letztere hat substantielle Geschäfte in Russland – neue Finanzierungszusagen für Russland auf Eis gelegt.

Insgesamt zielen die EU- und US-Sanktionen im Banken- und Finanzbereich willentlich nur auf eine mäßige Verschärfung ab; der Druck auf Russland soll bewusst nur langsam und graduell bzw. planbar erhöht werden. Ein radikaleres Vorgehen hätte beispielsweise nicht nur Neugeschäfte sanktionieren können, sondern auch bestehende (Kredit-)Geschäfte bzw. bereits getätigte Finanzmarktinvestitionen. Letzteres hätte den kurzfristigen Abverkaufsdruck auf den russischen Rubel und auf russische Vermögenswerte (natürlich auch mit Folgen für westliche Akteure) sowie den unmittelbaren Refinanzierungsdruck – im Vergleich zur aktuellen Situation – dramatisch verschärft.

Erhebliche unmittelbare Sanktionswirkungen

Bis zu einem gewissen Grad sind die derzeit beobachtbaren Wirkungen der westlichen Sanktionen intendiert; obgleich es auch nicht unerhebliche und bisweilen nicht intendierte Effekte gibt. In Bezug auf die analytische Betrachtung der Folgen der Sanktionen der EU und der USA im Banken- und Finanzbereich ist – trotz Interdependenzen und mangelnder Trennschärfen – grundsätzlich zwischen unmittelbaren und intendierten Sanktionswirkungen im Banken- und Finanzsektor und mittelbaren ökonomischen und politischen Effekten zu differenzieren.

Da ein Großteil des russischen Bankensektors von den Sanktionen betroffen ist bzw. eine solche Entwicklung sich schon vor dem bindenden Erlass der Sanktionen und dann deren Verschärfung im September abgezeichnet hat, sind grenzüberschreitende Finanzierungen durch westliche – und hier vor allem westeuropäische – Banken nach Russland schon seit längerem rückläufig. Allein in den letzten zwei bis drei Quartalen sind hier Rückgänge um insgesamt 20–40 Milliarden US-Dollar zu verzeichnen gewesen, bei einem grenzüberschreitenden Gesamtfinanzierungsvolumen bei Bankenforderungen von etwa 200 Milliarden US-Dollar (bis dato gibt es hier nur Zahlen bis ins 2. Quartal 2014). Der gleiche Trend wie bei den unmittelbaren Bankforderungen zeigt sich übrigens auch bei sogenannten potenziellen

Finanzierungen im grenzüberschreitenden Russlandgeschäft (also Garantien etc.), die in den letzten Monaten von ca. 180 Milliarden US-Dollar auf 150 Milliarden US-Dollar zurückgegangen sind. Dieser negative Trend bei grenzüberschreitenden Bankausleihungen und Finanzierungszusagen mit Russlandbezug steht klar im Gegensatz zum derzeitigen europäischen und globalen Trend, wo grenzüberschreitende Bankfinanzierungen und Finanzierungszusagen allgemein und auch die über westeuropäische Großbanken wieder zulegen. Die starken Rückgänge in den grenzüberschreitenden Finanzierungen nach Russland lassen sich auch dadurch erklären, dass fast ein Drittel solcher Finanzierungen mit russischen Kreditinstituten abgewickelt werden, was im internationalen Vergleich ein hoher Anteil ist. Die skizzierten Entwicklungen legen den Schluss nahe, dass die Rückgänge bei den grenzüberschreitenden Bankfinanzierungen nach Russland auf länderspezifische Faktoren zurückzuführen sind. Zudem umfassen die EU-Sanktionen im Finanzsektor seit September auch Neugeschäfte mit kürzer laufenden Finanzierungen bzw. alle Finanzierungen für die sanktionierten Entitäten mit einer Laufzeit von mehr als 30 Tagen, was im Bankgeschäft eine ernstliche Einschränkung bedeutet (die ersten EU-Sanktionen im Finanzsektor bezogen sich nur auf Neugeschäfte mit einer Laufzeit von über 90 Tagen).

Viele westeuropäische Banken, die in Russland weniger in der Breite bzw. landesweit aktiv sind, also Großbanken die rein im internationalen und grenzüberschreitenden Großfinanzierungsgeschäft tätig sind, haben ihre Russlandfinanzierungen sogar noch deutlicher zurückgefahren als der Marktschnitt. Befördert wird dieser Trend auch durch die Tatsache, dass im Russlandgeschäft essentielle langfristige Risiko- und Exportabsicherungen (auch staatliche Exportgarantien) zunehmend schwieriger darstellbar sind. Dies gilt auch für Finanzierungen mit nicht sanktionierten russischen Geschäftspartnern. Oft werden hier die aktuell hohen allgemeinen wirtschaftlichen Gefährdungen zum Stolperstein; an dieser Stelle soll nicht bewertet werden, ob hier wirtschaftliche Gründe als Alibi für politisch motivierte Entscheidungen dienen. Zudem sinkt wegen zweistelliger Einbrüche bei den Exportvolumina im Russlandhandel auch die Nachfrage nach Handelsfinanzierungen deutlich. Die Banken folgen insofern mit verringerten Finanzierungen und Finanzierungszusagen in gewisser Weise nur ihren Kunden. Als direkte oder indirekte Folgewirkung der Sanktionen haben einige russische (Groß-)Banken in den letzten Wochen und Monaten zudem Finanzierungszusagen gegenüber westeuropäischen Firmenkunden zurückgezogen.

Angesichts der skizzierten Marktsituation erhalten die wenigen auf dem russischen Inlandsmarkt tief veran-

kerten westeuropäischen Kreditinstitute (vor allem die italienische UniCredit, die französische Société Générale und die österreichische Raiffeisenbank) derzeit vermehrt Kundenanfragen mit Russlandbezug und dies vor allem für an sich nicht sanktionierte Transaktionen. Allerdings müssen auch in Russland verwurzelte westliche Banken derzeit hier sehr achtsam und selektiv agieren bzw. sie können nicht einfach die gesamte potenzielle Nachfrage bedienen. Das Russlandgeschäft ist für eben diese Banken ohnehin schon bedeutsam (im Bereich von 5–15 % des Gesamtgeschäfts) und damit auch das Risiko. Des Weiteren signalisieren nationale Aufsichtsbehörden sowie zentrale Institutionen der Bankenaufsicht in Westeuropa (die Europäische Zentralbank in Frankfurt oder die Europäische Bankenaufsicht in London) bereits unmissverständlich eine erhöhte Risikowahrnehmung in Bezug auf das Russlandgeschäft der wichtigsten westeuropäischen Banken vor Ort. So gibt es wöchentliche Sonderberichterstattungen in Bezug auf Markt- und Liquiditätsentwicklungen, und es gelten zum Teil auch erhöhte Kapitalerfordernisse für die Russlandportfolien. Zudem agieren im russischen Markt verwurzelte westeuropäische Auslandsbanken im Augenblick auch aus eigenen Motiven achtsam. Auch hier gibt es ein klares Bestreben, das Russlandgeschäft so weit wie möglich lokal zu (re-)finanzieren, jederzeit über sehr hohe Liquiditätspuffer zu verfügen und zugleich grenzüberschreitende Finanzierungen möglichst zu minimieren. Diese vorsichtige Grundhaltung – bei Akteuren, die sich ihren Russlandgeschäften durchaus verpflichtet fühlen – reflektiert nicht nur steigende juristische Risiken und eine zunehmend kritische Haltung von zentralen Akteuren mit Ansprüchen an die Unternehmen (Aufsichtsbehörden, Geschäftspartner, Aktionäre), sondern auch die Tatsache, dass im Zuge der Sanktionseskalation viel an Grundvertrauen zerstört wurde. Durch die zunehmend lokale Refinanzierung versuchen sich etwa ausländische Banken gegen Wechselkursrisiken und vor allem eine Verschärfung der aktuellen Situation abzusichern, also etwa gegen Restriktionen im Kapitalverkehr. Zudem ist hervorzuheben, dass die aktuellen Wirtschaftssanktionen gegen Russland – bislang mit Fokus auf den Banken- und Finanzsektor – im Vergleich zu anderen Sanktionsregimen in relativ kurzer Zeit implementiert wurden, was nun teils durchaus heftige unmittelbare Marktreaktionen begründet. So hat sich der Rubelverfall seit September, als die westlichen Banken- und Finanzsektorsanktionen nochmals merklich verschärft wurden, erheblich beschleunigt. Und auch hier sind länderspezifische Faktoren die wichtigsten Triebkräfte. Schließlich haben sich die Währungen anderer großer Schwellenländer in den letzten Monaten keinesfalls so negativ entwickelt wie der Rubel.

Zunehmende Anspannung auf dem heimischen Banken- und Finanzmarkt

Der drastische Rückgang an internationalen Finanzierungen nach Russland im Jahresverlauf 2014, notwendige Rückzahlungen bei laufenden Auslandsfinanzierungen, anhaltende Kapitalabflüsse, das Horten vom Fremdwährungseinkünften bei Unternehmen sowie ein beharrlicher Umtausch von Rubel in Fremdwährung (auch durch Privatpersonen) führen zu zunehmenden Spannungen auf dem Banken- und Finanzmarkt in Russland. Die zunehmende Liquiditätsknappheit wird an einigen Indikatoren deutlich. Einerseits ist der Anteil ausländischer Banken am Interbankenmarkt in Russland, auf dem Geschäftsbanken untereinander kurzfristig Mittel zur Liquiditätssicherung handeln, in den letzten 12 Monaten unmissverständlich gefallen, während der Marktanteil einheimischer Banken deutlich zugenommen hat. Das gleiche gilt für den Marktanteil von sogenannten Offshoring-Standorten wie etwa Zypern. Diese Marktanteilsverschiebung deutet darauf hin, dass reelle ausländische Finanzierung zunehmend durch heimische Finanzierung oder indirekt russische Finanzierung über Offshoring-Standorte substituiert wird bzw. substituiert werden muss. Die insgesamt angespannte Liquiditätssituation auf dem Interbankenmarkt in Russland legt nahe, dass die Substitution ausländischer Finanzierung – erkennbar an den sich verändernden Marktanteilen – in Bezug auf die Volumina und die Währungen nicht so einfach gelingt. Dies gilt vor allem für Finanzierungen in US-Dollar, und auf die ist die Wirtschaft Russlands in erheblichem Ausmaß angewiesen. Angesichts der Liquiditätsknappheit auf dem Interbankenmarkt laufen derzeit schon etwa 10 % der Refinanzierung ausschließlich über die Notenbank; zu Jahresbeginn waren es nur 5–6 % und zu Spitzenzeiten in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 etwa 13 %. Auch die (Re-)Finanzierungsoptionen auf dem lokalen Anleihenmarkt, wo russische Banken wichtige Akteure auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite sind, erscheinen zunehmend limitiert. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2014 wurden im Schnitt nur etwa 40–50 Milliarden Rubel an neuen Anleihen in lokaler Währung begeben, während diese Werte in den letzten Jahren im Quartalschnitt bei 150–200 Milliarden Rubel gelegen haben; selbst in den schwächeren Jahren 2008 und 2012 lagen die entsprechenden Quartalsdurchschnitte um 75–100 Milliarden Rubel. Zudem gibt es seit Monaten nahezu keine internationalen Großfinanzierungen bzw. Anleiheplatzierungen russischer Emittenten mehr. Damit haben die selektiven Banken- und Finanzmarktsanktionen de facto den internationalen Kapitalmarktzugang für nahezu alle russischen Emittenten blockiert. Die daraus resul-

tierende Knappheit von US-Dollar vor Ort zeigt sich vor allem in dem schwachen Wechselkurs des Rubels. Denn zunehmend werden im Land Dollars gehortet und nicht mehr am Markt zur Ausleihung oder zum Umtausch angeboten. Daher müssen große Firmenkunden zunehmend Rubel in Dollar tauschen, was den ohnehin fundamental begründbaren Abwertungsdruck auf den Rubel verstärkt. Des Weiteren tauschen zunehmend auch Privatpersonen Rubel in Fremdwährung um, während sich auch der Anteil von Dollareinlagen von Privatkunden bei Banken in den letzten Monaten leicht auf knapp 20 % erhöht hat (2009 wurden hier in kurzer Zeit Werte von knapp 35 % verzeichnet, während sie zuvor unter 15 % gelegen hatten). Angesichts des breit angelegten Verkaufsdrucks hat der russische Rubel gegenüber dem Euro und dem US-Dollar heuer schon fast so viel an (Außen-)Wert verloren wie in den Krisenjahren 2008/2009. Zumal hier zu berücksichtigen ist, dass der Rubel vor der Abwertung 2008/2009 eher angezogen hatte, sich vor der jüngsten heftigen Abwertung aber bereits in einem Abwärtstrend befand. Der Verfall des Außenwertes des Rubels ist zudem über den Banken- und Finanzsektor hinaus ein wichtiger psychologischer Unsicherheitsfaktor für einheimische und ausländische Wirtschaftstreibende. Des Weiteren sind die Kapitalabflüsse, etwa 85 Milliarden Dollar im bisherigen Jahresverlauf von 2014, weiter auf Niveaus, wie man sie traditionell aus Krisensituationen kennt (2008 waren Kapitalabflüsse in Höhe von etwa 130 Milliarden zu verzeichnen), was zur Verunsicherung und Liquiditätsknappheit beiträgt.

Kritische Situation für Geschäftsbanken und Notenbank

Die zuvor skizzierten Entwicklungen erschweren zunehmend das Kerngeschäft des russischen Bankensektors. Bedingt durch eine schwache Wirtschaftsentwicklung, aber auch wegen der Wechselkursrisiken und ansteigenden Zinsen, nehmen die notleidenden Kredite absolut gesehen und in Relation zu den Gesamtkrediten bereits deutlich zu. Dies lastet auf der Profitabilität der Banken, und eine immer schwächere werdende Neukreditvergabe verschärft diesen Trend zusätzlich. Daher haben Banken in Russland im ersten Halbjahr ihre Kreditrisikovor-sorge – für erwartete Probleme – bereits deutlich nach oben gefahren. Zweitens müssen Banken angesichts der schwierigen Finanzmarktsituation erhöhte Liquiditäts- und Kapitalpuffer vorhalten, was die Möglichkeiten bei der Kreditvergabe und der Eigenkapitalgenerierung durch Gewinne weiter einschränkt. Drittens erhöht die Notwendigkeit der zunehmenden lokalen (Re-)Finanzierung insgesamt die Finanzierungskosten und es erhöht zum Teil auch die Fristentransformationsrisiken. Daher

kann der Bankensektor in Russland in den kommenden Monaten – und dies gilt vor allem für die großen staatsnahen Banken – wohl weniger, als von Seiten der Politik erhofft, zu einer breit angelegten antizyklischen Stabilisierung beitragen. Selbst die Sberbank, die etwa 40 % der Einlagen in Russland repräsentiert, muss sich im Kreditgeschäft eher vorsichtig verhalten. Denn Negativschlagzeilen im Kerngeschäft könnten den systemisch äußerst wichtigen Ruf als sichere Adresse gefährden.

Angesichts der limitierten internationalen und lokalen Finanzierungsoptionen, der Verschärfung der Liquiditätssituation in den letzten Monaten sowie der bereits erkennbaren realwirtschaftlichen Schwäche haben nun zunehmend mehr Marktbeobachter – im Gegensatz zu offiziellen Projektionen – ein Stagnations- und Rezessions-szenario in ihren Prognosen für 2014 und vor allem 2015 aufgenommen. Ergo steigt auch auf andere relevante Akteure im Banken- und Finanzmarkt-bereich der ökonomische und politische Druck, zur Stabilisierung der Lage beizutragen. Obwohl sich die Notenbank Russland bis dato eher zögerlich verhält, ist sie zunehmend gezwungen, erneut aktionistisch – nach der Krisenleitzinserhöhung im März erfolgte nun Ende Oktober erneut eine Krisenleitzinserhöhung – auf die Rubelschwäche und die Dollar-Knappheit im Land zu reagieren. Ende letzter Woche hat die Notenbank Russlands – nach erheblichem Marktdruck – den Leitzins in einem weiteren Krisenzinsschritt abrupt um 1,50 Prozent (ganz wie im März) auf nun 9,5 % angehoben. Allerdings erfolgte dieser Schritt wieder eher zu spät; vor allem aber hat sich die Notenbank erneut mit weiteren direkten und umfangreichen Maßnahmen zur raschen Abfederung des US-Dollar-Defizits vor Ort oder bei nicht standardmäßigen Devisenmarktinterventionen zurückgehalten. Der Rubel wird also insofern vorerst weiter unter Druck bleiben. Bis dato bietet die Notenbank Russlands den Banken nur in sehr begrenztem Umfang Fremdwährungsliquidität zu eher ungünstigen Konditionen an (in zeitlich begrenzten Tauschgeschäften für Rubel) und stützt den Rubel nicht explizit, da sie weiter auf eher marktliberale Ziele wie einen flexiblen Wechselkurs und eine nur auf Inflationssteuerung ausgerichtete Notenbankpolitik setzt.

Allerdings zeichnet sich derzeit ab, dass die russische Notenbank ihre bis dato eher zögerliche Haltung überdenken muss bzw. überdenken wird. Damit wird die Notenbank in den kommenden Monaten wohl ihr Angebot an Fremdwährungstauschgeschäften deutlich erhöhen müssen, um den Abwertungsdruck auf den Rubel zu begrenzen. Nach ihrem jüngsten Zinsentscheid hat die russische Notenbank klar kommuniziert, dass sich die makrofinanzielle Situation im September und Oktober (nach der Verschärfung der westlichen Sank-

tionen im September) signifikant verschärft hat. Auch größere Devisenmarktinterventionen sind vor allem seit der jüngsten Änderung der Interventionspolitik am 5. November immer weniger auszuschließen, da eine weitere heftige und rasche Rubelabwertung vor allem für die Notenbank und ihre geld- bzw. wirtschaftspolitischen Ziele (u. a. Inflation, Finanzsektorstabilität) erhebliche Risiken birgt. Ein gewisser Beistand bei der Stützung des Rubelwechsellkurses könnte vom Finanzministerium kommen. Auch hier könnten Fremdwährungsbestände am Markt in Rubel getauscht werden, um eine »künstliche« Rubelnachfrage zu schaffen, oder es könnten Dollarbestände als Depositen im Bankensektor platziert werden.

Derzeit befindet sich der russische Banken- und Finanzsektor in der kritischsten Phase seit 2008/2009, wobei damals klar eine globale Krise der Störfaktor war und die Situation gegenwärtig im Aggregat noch etwas weniger kritisch erscheint als 2008/2009. Derzeit betragen Auslandsfinanzierungen im russischen Bankensektor nur etwa 10 Prozent der Aktiva, 2008 lag diese Rate immerhin bei 20 Prozent. Zudem ist das Verhältnis von Krediten zu Einlagen im Bankensektor (ein Indikator, der Refinanzierungsrisiken abbildet) derzeit noch viel besser als 2008/2009. Damals lag das Verhältnis von Krediten zu Einlagen im Bankensektor bei 120–130 %, derzeit liegt es (noch) knapp unter 100 %.

Dramatischere unmittelbare Auswirkungen der westlichen Sanktionen auf den russischen Banken- und Finanzsektor sind bis dato vor allem durch eine in den letzten Jahren deutlich gestiegene Überwachung und Regulierung durch die Notenbank und eine erhöhte Risikodisziplin, die aus Lerneffekten nach der heftigen Krise von 2008/2009 resultierte, vermieden worden.

Auch mittelbare Sanktionswirkungen sind heftig

Zusätzlich zu den bereits skizzierten herausfordernden Entwicklungen bzw. eher unmittelbaren Sanktionswirkungen im Banken- und Finanzsektor ist zu betonen, dass sich auch die Einlagenseite im Bankensektor in Russland derzeit extrem schwach entwickelt; dies gilt vor allem für die Einlagen von Privatkunden bei Geschäftsbanken. Wobei dieser Trend eher eine mittelbare Wirkung der westlichen Banken- und Finanzsektorsanktionen darstellt. Die negative Entwicklung bei den Bankeinlagen in Russland ist nämlich vorrangig auf die stark ansteigende Inflation (u. a. getrieben durch den Importbann auf Agrargüter und die Rubelabwertung), die zunehmende wirtschaftliche Stagnation (auch bei den Löhnen) sowie eine allgemeine Unsicherheit zurückzuführen. Allerdings verschärft diese Entwicklung bei den Spareinlagen die durch die west-

lichen Sanktionen bereits sehr angespannte Liquiditätssituation auf dem russischen Bankenmarkt zusätzlich.

In Bezug auf mittelbare Sanktionswirkungen ist ferner hervorzuheben, dass die westlichen Sanktionen im Banken- und Finanzsektor – gekoppelt mit der erkennbaren realwirtschaftlichen Schwäche in Russland – zunehmend den Druck auf die Reserveposition Russlands (Devisen- und Fiskalreserven) erhöhen bzw. dadurch die makrofinanziellen Risiken ansteigen. Zumal der Exportüberschuss in der Leistungsbilanz derzeit nur noch etwa die Hälfte der erheblichen Kapitalabflüsse (dieses Jahr bereits 85 Milliarden Dollar) abdeckt bzw. ausgleichen kann. Die Notenbank Russlands hat daher und wegen laufender Devisenmarktinterventionen von Januar bis Ende Oktober bereits rund 70 Milliarden US-Dollar an Devisenreserven verloren (von Januar bis Anfang Oktober sind die liquiden Devisenreserven von 456 auf 397 Milliarden US-Dollar gefallen). Vordergründig erscheint die Devisenreserveposition immer noch substantiell. Allerdings ist zu betonen, dass Russland jederzeit einen Mindestreservepuffer von 100 Milliarden US-Dollar an Devisenreserven vorhalten muss (beispielsweise zur Abdeckung von einigen Monaten an Importzahlungen). Damit stehen effektiv nur noch etwa 300 Milliarden Dollar an Devisenreserven zur Verfügung. Diese Summe erscheint im Lichte der in diesem Jahr bereits erfolgten Abflüsse und mittel- bis langfristig planbar anstehender erheblicher Auslandschuldenrückzahlungen bei internationalen Finanzierungen mit Russlandbezug (wozu US-Dollar benötigt werden) nicht mehr besonders groß. Zudem umfassen die Devisenreserven auch staatliche Gelder bzw. die Reservefonds im Umfang von ca. 170 Milliarden US-Dollar. Diese Gelder werden in Zukunft wohl genutzt werden, um die unmittelbaren und mittelbaren Sanktionswirkungen abzufedern. Allein Rosneft, das mit EU- und US-Sanktionen auch im Finanzbereich belegt wurde und sich in den letzten Jahren erheblich im Ausland verschuldet hat, könnte etwa 50 Milliarden US-Dollar an Staatsunterstützung benötigen. Eine solche Summe würde die Reservefonds beträchtlich verringern. Eine Stützung von Rosneft in dieser Größenordnung würde zudem wenig Luft für Unterstützungsmaßnahmen zu Gunsten anderer sanktionierter Unternehmen lassen (etwa für Novatek und Lukoil), oder es müssten eben (Veranlagungs-)Regeln gebrochen werden. Denn an sich dürfen nicht zu viele der Gelder der Reservefonds im Land selbst angelegt werden. Darüber hinaus gibt es weitere Ansprüche an die Reserveposition. Bei der Sberbank sollen 13 Milliarden Dollar an Schuldverschreibungen gegenüber der öffentlichen Hand in Aktien umgewandelt werden, bei der VTB Schuldverschreibungen in Höhe von fast 6 Milliarden US-Dollar

und bei der »Russischen Landwirtschaftsbank« (»Rosselchobank«) nochmals 700 Millionen US-Dollar. Zudem ist anzunehmen, dass bei einer weiteren Verschlechterung der Lage im Banken- und Finanzsektor – und hier vor allem bei großen, systemisch wichtigen und staatsnahen Kreditinstituten – mit beträchtlicher Unterstützung durch den Staat zu rechnen ist; obgleich in den kommenden Monaten Schließungen kleinerer Banken zu erwarten sind. Aber ein Nichteinschreiten des Staates bei größeren Banken könnte ernsthafte Folgen haben. Schließlich rechnen alle Marktteilnehmer mit staatlicher Stützung bei den großen staatsnahen Banken, falls es notwendig werden sollte. Sollte eine Unterstützung ausbleiben, und sei es bei »nur« einer der großen staatsnahen Banken, dann könnte dies einen weiteren Marktschock auslösen. Zudem werden die Behörden gerade im aktuellen politischen Umfeld zeigen wollen, dass der Bankensektor Russlands und eben vor allem die großen und staatsnahen Banken nicht so einfach unter stärkeren Druck zu setzen sind. Russland hat in den Jahren 2008/2009 etwa 170 Milliarden US-Dollar zur Stabilisierung des Banken- und Finanzsektor aufgewendet. Auch wenn angesichts des aktuell deutlich besseren Risikoprofils im Bankensektor die möglicherweise notwendigen Summen wohl deutlich niedriger sein dürften (etwa im Bereich zwischen 40–50 Milliarden Dollar), wäre ein daraus resultierender zusätzlicher Druck auf die ohnehin unter Druck stehende Reserveposition (Devisenreserven und fiskalische Reserven) aus makrofinanzieller Sicht kritisch zu sehen.

Bei den Auslandsschulden stehen umfangreiche Rückzahlungen an

Eines der größten Risiken für die Reserveposition Russlands – neben direkten Stützungsmaßnahmen für einheimische Firmen – sind die mittelfristig anstehenden externen Rückzahlungen von Finanzverpflichtungen. Letztere sind durch private und staatsnahe russische Firmen als Kreditnehmer und deren ausländische Gläubiger als Kreditgeber in Zeiten eingegangen worden, als Russland noch klar den westlich dominierten globalen Finanzmärkten zugewandt war. Gleichzeitig ist Russland durch die Kapitalverkehrsfreiheit eben verwundbarer gegenüber Kapitalabflüssen. Vor allem russische Großunternehmen haben in der Vergangenheit sehr bereitwillig kostengünstige internationale Finanzierung in Fremdwährung – günstiger als Finanzierung in Rubel – in Anspruch genommen. Darüber hinaus hat die Abwicklung unter internationalem Recht den Gläubigern bei Großfinanzierungen mehr Rechtssicherheit geboten. In den kommenden Jahren haben private und staatsnahe russische Firmen etwa 600 Milliarden US-Dollar an Auslandsschulden zu bedienen bzw. zu til-

gen, die eine Hälfte davon auf Grund internationaler Großfinanzierungen (internationale Anleihen, syndizierte Kredite), die andere Hälfte auf Grund bilateraler Finanzierungen mit ausländischen Gläubigern. Mittelfristig treffen die aktuellen Finanzmarktsanktionen neben dem Bankensektor daher vor allem die Großunternehmen des Öl- und Gassektors, auf die fast die Hälfte der internationalen Rückzahlungserfordernisse bei russischen Großunternehmen entfallen (langfristig müssen allein die russischen Großunternehmen insgesamt etwa 300 Milliarden US-Dollar an Auslandsschulden bedienen und davon etwa 100 Milliarden US-Dollar bereits bis Jahresende 2015). Insgesamt sind in den kommenden 12–18 Monaten durch den russischen Staat, Banken und Unternehmen etwa 150–200 Milliarden US-Dollar aus externer Finanzierung zurückzuzahlen. Und wenn es für die anstehenden internationalen Rückzahlungen keine internationale Anschlussfinanzierung gibt, müssen dafür Rücklagen auf Unternehmensebene angezapft werden; gegebenenfalls muss dafür auch Lokalwährung in Fremdwährung getauscht werden. Letzteres könnte die Devisenreserven zusätzlich unter Druck setzten.

Angesichts der Rückzahlungserfordernisse und der gegenwärtig mageren Aussicht auf internationale Refinanzierung könnten sich die Devisenreserven in den kommenden 12 Monaten daher um mindestens weitere 50–60 Milliarden US-Dollar verringern. Damit könnten die liquiden bzw. effektiven Devisenreserven Russland unter Berücksichtigung von Entnahmen aus den Reservefonds in diesem Zeitraum insgesamt auf etwa 200–300 Milliarden US-Dollar sinken, also auf Niveaus von 100–200 Milliarden Dollar, wenn man den notwendigen Sicherheitspuffer berücksichtigt. Solche Niveaus würden vor allem bei einem Szenario länger fortbestehender Sanktionen und angesichts der langfristig hohen weiteren internationalen Rückzahlungs- und Refinanzierungserfordernisse bei russischen Großunternehmen zunehmend Fragen über die makrofinanzielle Stabilität des Landes aufwerfen. Mit Blick auf die zuvor skizzierte Gesamtkonstellation ist zu betonen, dass derzeit ein nicht zu vernachlässigendes Risiko konkurrierender Ansprüche auf die Reserveposition Russlands besteht, die derzeit ohnehin schon unter Druck steht. Wobei aus praxisorientierter Perspektive auch zu betonen ist, dass russische Großunternehmen sich schon länger auf das Sanktionsumfeld vorbereitet haben. Daher besitzen sie derzeit sehr solide finanzielle Barreserven in Rubel und Fremdwährung (die sie aber zum Teil eben horten bzw. nicht an andere Marktteilnehmer verleihen), und sie verfügen auch über permanente Einkünfte in Fremdwährung. Daher lassen sich nicht einfach alle externen Rückzahlungserfordernisse in Relation zu den aktu-

ellen Devisenreserven setzen und eine Bedienung der Auslandsschulden bis weit ins Jahr 2015 könnte möglich sein, wenn es nicht zu allzu großen weiteren Verwerfungen kommt.

Weitere langfristige volkswirtschaftliche und strukturelle Implikationen

Volkswirtschaftlich betrachtet haben die mittel- und unmittelbaren Sanktionswirkungen die Finanzierungskosten bzw. -konditionen in Russland auf ein Niveau gebracht, das in keinem Verhältnis zur realwirtschaftlichen Lage steht. Das Problem der zu geringen Investitionstätigkeit in Russland wird sich daher voraussichtlich weiter verschärfen. Insofern entstehen durch die Sanktionswirkungen im Banken- und Finanzsektor zunehmende Abwärtsrisiken für die realwirtschaftliche Entwicklung in Russland, welche wiederum negative Rückkopplungseffekte auf den Banken- und Finanzsektor nach sich ziehen können. Wirtschaftspolitisch gilt es zudem zu beachten, dass die Sanktionswirkungen zunehmend Zielsetzungen der Notenbank zuwiderlaufen. Einerseits stellt der massive Abwertungsdruck auf den Rubel die Zielsetzung einer zunehmenden Wechselkursflexibilität in Frage. Des Weiteren wird die Notenbank ihre Inflationsziele – wenn auch vor allem durch externe Schocks – verfehlen. Deshalb – aber auch durch die Rubelabwertung – wird sie in größerem Maße eine an sich zu aggressive Zinspolitik verfolgen müssen. Letztere könnte aber in Zukunft von anderen politischen Entscheidungsträgern zunehmend kritisch gesehen werden, und damit könnte der politische Einfluss auf die russische Notenbank in Zukunft eher zunehmen. Solch eine Entwicklung würde dann nochmals verdeutlichen, dass in Russland derzeit politische Ziele klar anderen Zielen übergeordnet werden und dafür gegebenenfalls Reputationsschäden für eine Institution wie die russische Notenbank und ihre Zielsetzungen in Kauf genommen werden. Letztere hat sich in den letzten Jahren als eine der international glaubwürdigsten wirtschaftspolitischen Institutionen des Landes etabliert. Darüber hinaus nimmt derzeit der Marktanteil der staatsnahen Banken weiterhin zu. Des Weiteren haben einzelne Großunternehmen bereits direkte staatliche Unterstützung bzw. Unterstützungszusagen erhalten. Damit wächst auch der direkte und indirekte staatliche Einfluss im Wirtschaftsbereich weiter. Im Gegensatz hierzu wird die (Re-)Finanzierungssituation für kleinere und mittlere Unternehmen in Russland bzw. Firmen, die aus politischer Sicht eben weniger unmittelbar strategische Bedeutung haben, zunehmend schwieriger. Damit leidet dieser Sektor besonders in der aktuellen Situation.

Die diffizile wirtschaftspolitische, realwirtschaftliche und auch institutionelle Situation in Russland hat

auch zunehmend Auswirkungen auf die Länderrisiko-einschätzung Russlands durch die international führenden Agenturen zur Bonitätseinstufung. Nach den im Jahresverlauf bereits erfolgten Herabstufungen steht Russland schon kurz vor einer Herabstufung in den Bereich der »nicht investitionswürdigen Länder« (derzeit sind die noch hohen Devisen- und Fiskalreserven der einzige Puffer bei der Länderrisikobewertung Russlands, da das Land in allen anderen Bewertungskategorien schlechter abschneidet als Vergleichsländer). Wobei diese mögliche Herabstufung die Entscheidungsträger in Russland offenbar wenig stört – obwohl sie in den frühen 2000er Jahren noch die Heraufstufung Russlands in den Bereich der »investitionswürdigen Länder« politisch sehr aktiv ausgeschlachtet hatten. Die jüngste Eskalation bei den Banken- und Finanzmarktsanktionen torpediert selbstredend auch die Bestrebungen, Moskau als internationales Finanzzentrum zu etablieren. Die eklatante Rubelschwäche befördert zudem nicht die angepeilte Verwendung der Landeswährung im Außenhandel mit anderen Schwellenländern. Selbstredend überlagern die Sanktionsentwicklungen auch das »Reformtuning« der letzten Jahre; immerhin hat sich Russland im aktuellen »Doing-Business-Ranking« der Weltbank deutlich verbessert, was ja eine klare politische Zielsetzung gewesen war. In der Summe sind die zuvor skizzierten Aspekte daher auch ein klarer Hinweis auf sich verändernde politische Präferenzen in Russland. Insofern ist darauf hinzuweisen, dass ein wirtschaftlich geschwächtes Russland in den kommenden Monaten (oder Jahren) nicht zwangsläufig westlichen politischen Forderungen nachkommen wird (was ja an sich mit den Sanktionen intendiert ist). Gleichzeitig bietet das aktuelle Sanktionsumfeld für Entscheidungsträger in Russland bis dato durchaus auch wirtschaftspolitische Profilierungsmöglichkeiten (etwa durch Unterstützungszusagen), während die aktuellen Turbulenzen den zentralen wirtschaftspolitischen Endzweck nachhaltiges Wirtschaftswachstum – zumindest kurzfristig – in den Hintergrund rücken.

Gretchenfrage: Wie lange reichen die Puffer angesichts der aktuellen Sanktionen?

Die zuvor skizzierten erheblichen internationalen Refinanzierungs- bzw. Rückzahlungserfordernisse zeigen, dass eine größere Unabhängigkeit der russischen Wirtschaft von Auslandsfinanzierung nur ein Fernziel sein kann. Daher werden die aktuellen Sanktionen immer kritischere mittelbare und unmittelbare Wirkungen zeigen, je länger sie in Kraft bleiben. Folgt man übermäßig schwarzseherischen Projektionen in Bezug auf Kapitalabflüsse nicht, nimmt aber die aktuell bekannten anstehenden Refinanzierungserfordernissen in der näheren Zukunft als Basis, dann könnte Russland im aktuellen

westlichen Sanktionskorsett der EU und der USA noch etwa 18–24 Monate ohne größere Schwierigkeiten finanziell agieren. Danach würde der aus den aktuellen Sanktionen resultierende Druck auf die finanziellen Puffer, der vor allem durch absehbare Refinanzierungserfordernisse und gegebenenfalls durch umfangreiche Entnahmen aus den Reservefonds entsteht, allerdings langsam so groß, dass die makrofinanziellen Risiken erheblich ansteigen dürften. In Bezug auf solche Kalkulationen bestehen derzeit durch die gesunkenen Ölpreise allerdings erhöhte Risiken und der finanzielle Puffer Russlands könnte eher am unteren Ende der genannten Zeitspanne liegen. In diesem Kontext ist auch zu betonen, dass führende Bankmanager Russlands sich in Bezug auf die mögliche Substitution von Finanzierungen auf den EU- und US-Kapitalmärkten durch Gelder aus Asien oder aus dem Nahen Osten zunehmend kritisch zeigen. Maßgebliche russische Wirtschaftspolitiker sind sich den hier thematisierten Zusammenhängen auch sehr bewusst bzw. haben diese teils sogar in die öffentliche politische Debatte eingebracht.

In Anbetracht der skizzierten finanziellen Puffer für die kommenden 18–24 Monate (im aktuellen Sanktionskorsett) besteht angesichts der nicht gering zu schätzenden und bereits sichtbaren Wirkung der Finanzsektorsanktionen bei vielen Akteuren auf russischer und westlicher Seite die Hoffnung, dass vor allem die Restriktionen der EU nicht über die derzeit maximal avisierte Frist bis 2015 andauern werden bzw. alle relevanten Seiten an keiner Verlängerung interessiert sind (die EU hat die Dauer ihrer Sanktionen klar auf ein Jahr limitiert, dann müsste eine Verlängerung explizit erneut politisch beschlossen werden). Allerdings bestehen für diesen Ausblick der Sanktionsdeeskalation auch nicht zu vernachlässigende Risiken: Erstens ist nicht auszuschließen, dass Russland seinen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum weiterhin überschätzt. Zweitens ist nicht auszuschließen, dass von russischer Seite ökonomische Risiken bewusst in Kauf genommen werden. Und da die bisherigen Sanktionen beider Seiten, also die der EU und der USA sowie die Gegenmaßnahmen Russlands, derzeit noch von viel ökonomischer Rationalität geleitet sind – mit dem Ziel, Schäden möglichst gering zu halten –, bestehen erhebliche Risiken (auch der Agrargüterimportbann Russlands ist rational geleitet, denn hier gibt es bessere Möglichkeiten der Import-

substitution im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen). Im Bankbereich gilt beispielsweise, dass die in Wien ansässigen (West-)Europa-Töchter der großen russischen Staatsbanken (Sberbank, VTB) sowie die Sberbank-Beteiligung in der Türkei (Denizbank mit ihren Töchtern) von den Sanktionen ausgenommen sind, was einen ökonomischen und juristischen Sinn ergibt. Denn die österreichischen Töchter und Europazentralen der russischen Staatsbanken sind Kreditinstitute, die gemäß europäischem Recht agieren und gleichzeitig der österreichischen Regulierung und Einlagensicherung unterliegen. Sollten etwa in Zukunft auch die Europatöchter der russischen Staatsbanken unter die Sanktionen fallen, könnte Russland mit Gegenmaßnahmen gegenüber den (gemäß russischem Recht) agierenden lokalen Töchtern westlicher Banken reagieren (z. B. könnten Kreditinstitute in ausländischem Besitz von der Einlagensicherung ausgenommen werden). Bei einer Zuspitzung der makrofinanziellen Risiken, die aus weiteren Kapitalabflüssen, notwendiger Auslandsschuldenrückzahlung und ausbleibender internationaler (Anschluss-)Finanzierung resultieren können, sind auch härtere wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Kapitalverkehrskontrollen, die u. a. auch ausländische Investoren in Russland betreffen könnten, nicht mehr prinzipiell auszuschließen. Und da solche Eskalationsszenarien angesichts der bereits in kurzer Zeit geschehenen dramatischen Verschärfung einfach nicht mehr auszuschließen sind, wird deutlich, dass die westlichen Sanktionen gegenüber Russland ganz klar ein Ziel von Sanktionen allgemein erreicht haben: Sie haben die Unsicherheit, auch für in Russland tief verankerte westliche Unternehmen, beträchtlich erhöht. Und eine Verschärfung der aktuellen Situation hin zu einer noch höheren Eskalationsstufe könnte auch bei an sich dem russischen Markt noch verpflichteten Akteuren eine strategische Umorientierung auslösen.

Die derzeitigen finanziellen Verflechtungen Russlands mit dem Ausland, vor allem mit den westlichen Staaten, sowie die daraus resultierenden Restriktionen für die kommenden Jahre stehen an sich einer isolationistischen Politik entgegen. Da aber eine solche (wirtschafts-)politische Denkweise zunehmend an Einfluss gewinnt, kann eine weitere Eskalation nicht vorschnell als völlig unwahrscheinlich abgetan werden; obgleich ein solches Szenario in einem engen ökonomischen Rationalitätskalkül für Russland sehr nachteilig wäre.

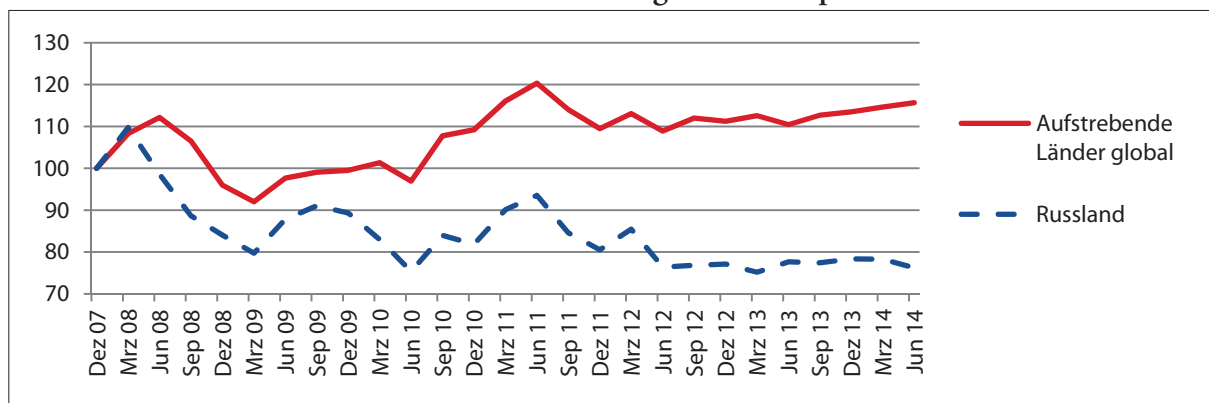
Über den Autor

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropa- und Bankensektoranalyse bei der Raiffeisen Bank International AG, einer der größten Auslandsbanken in Russland mit Stammsitz in Wien. In dieser Position hat er in den letzten Monaten die Sanktionsdebatte mit allen Anspruchsgruppen des Unternehmens aktiv begleitet. Der vorliegende Beitrag repräsentiert die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die der Raiffeisen Bank International.

GRAFIKEN ZUM TEXT

Russische Finanzindikatoren

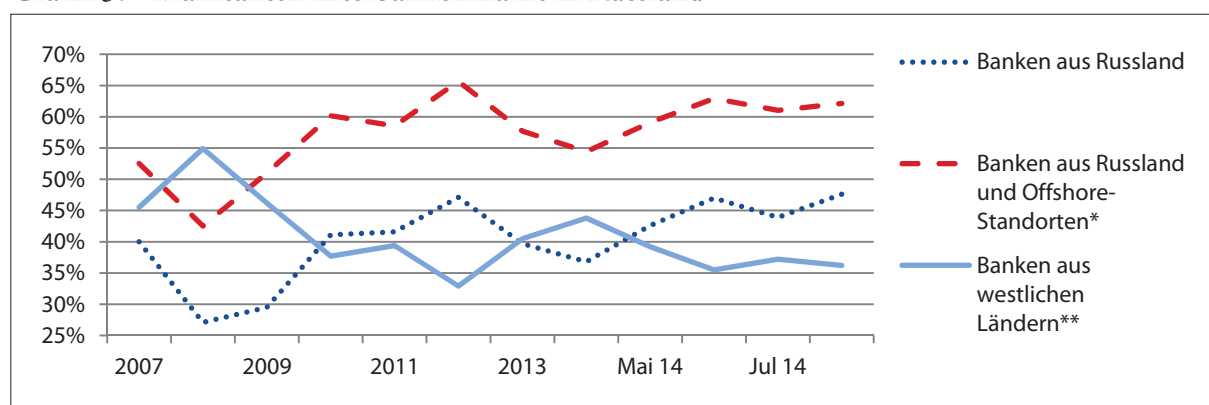
Grafik 2: Grenzüberschreitende Bankfinanzierungen westeuropäischer Banken*



* Index, Dezember 2007=100

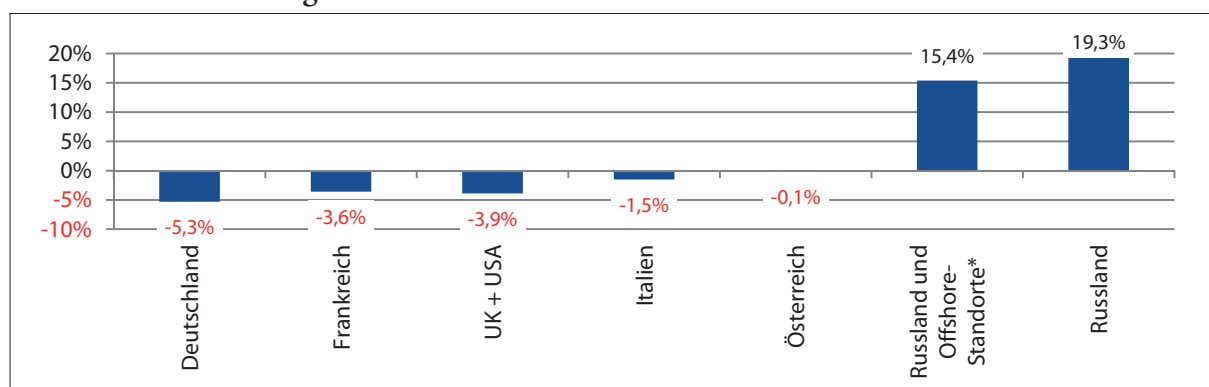
Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 3: Marktanteil Interbankenmarkt in Russland***



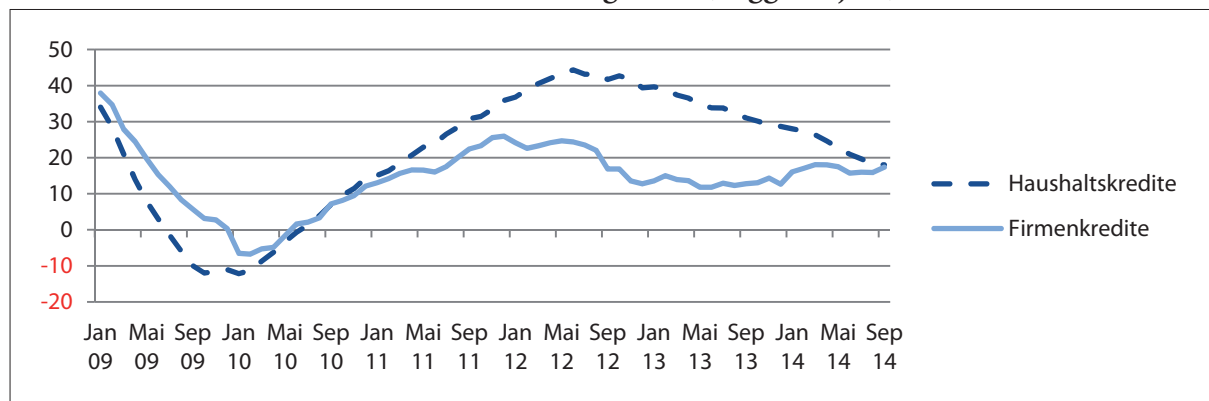
* Russland und Zypern und 70 % Niederlande und 90 % Andere Länder; ** Großbritannien, USA, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich; *** Interbankfinanzierungen und Einlagen. Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 4: Veränderung Marktanteile Interbankenmarkt in Russland**



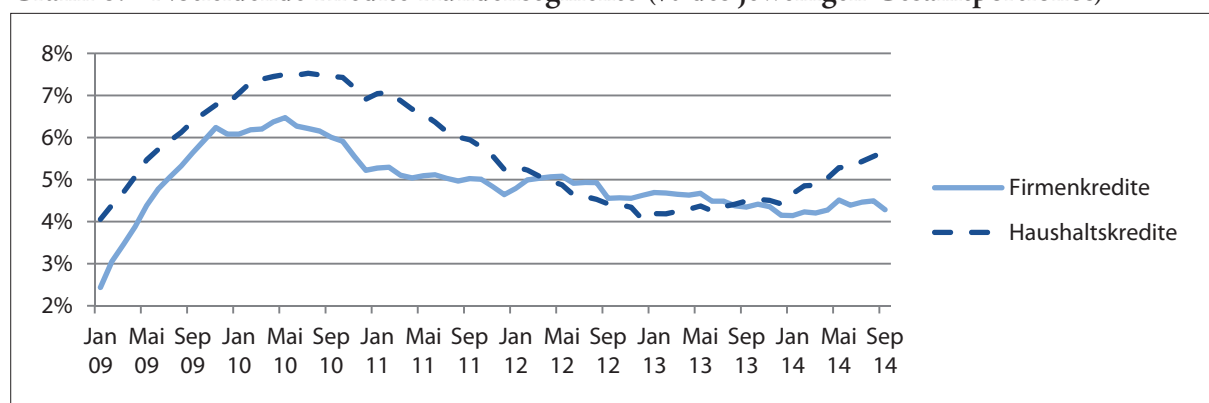
* Russland und Zypern und 70 % Niederlande und 90 % Andere Länder; ** Interbankfinanzierungen und Einlagen, August 2014 im Vergleich zu 2008/2009 Durchschnitt (Prozentpunkte); Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 5: Wachstumsraten Kredite Kundensegmente (% gg. Vorjahr)



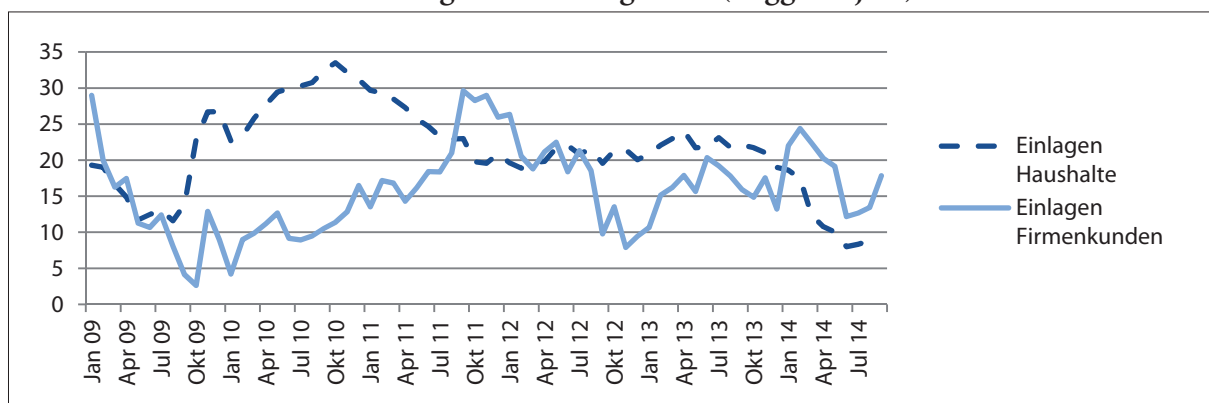
Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 6: Notleidende Kredite Kundensegmente (% des jeweiligen Gesamtportfolios)

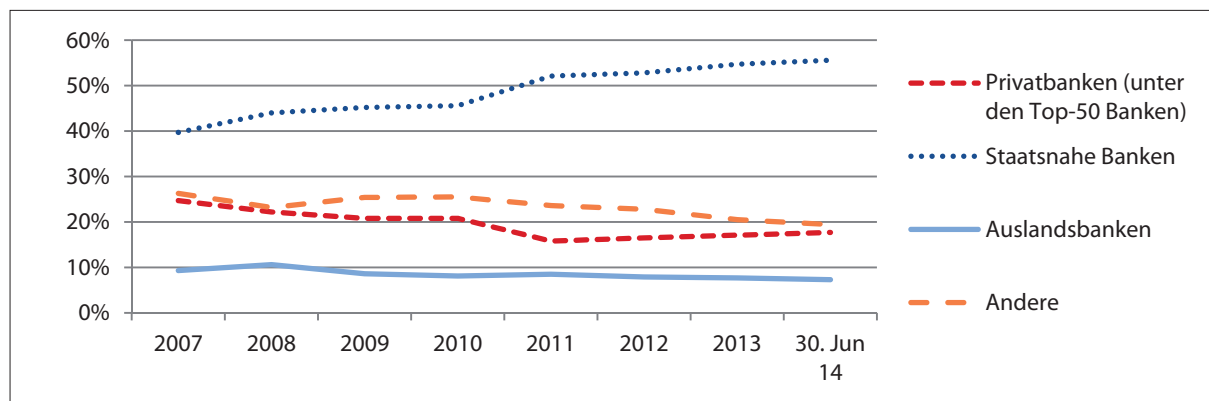


Quelle: Russische Notenbank, eigene Berechnungen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

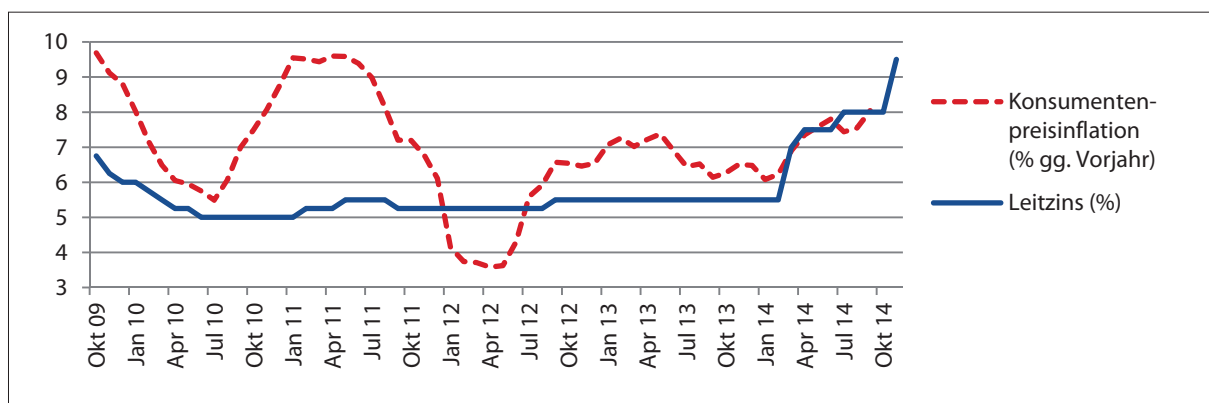
Grafik 7: Wachstumsraten Einlagen Kundensegmente (% gg. Vorjahr)



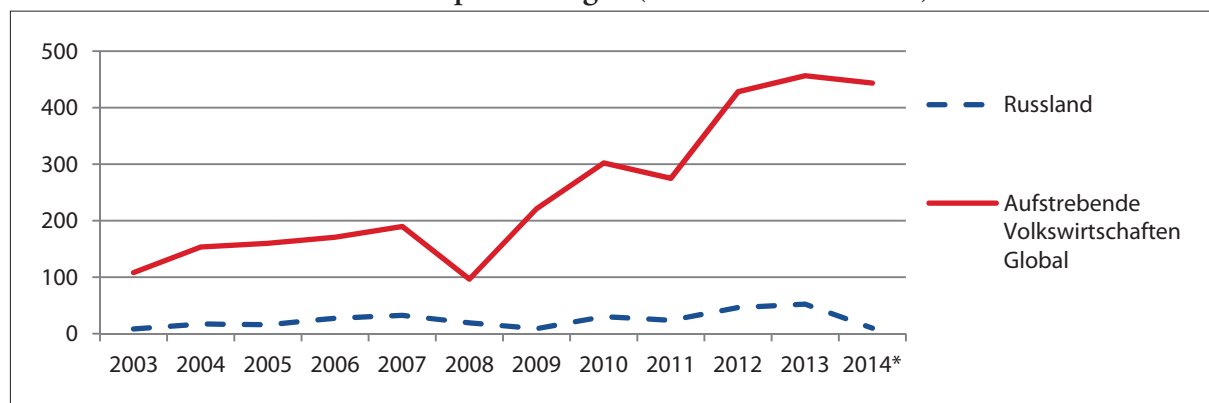
Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 8: Marktanteile russischer Bankenmarkt

Quelle: Russische Notenbank, Interfax, RBI/Raiffeisen RESEARCH

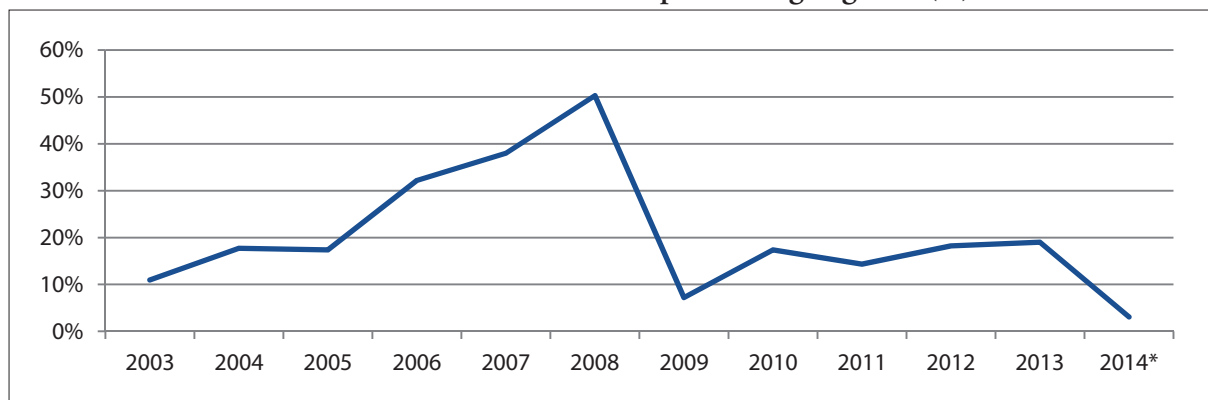
Grafik 9: Inflation und Leitzinsen

Quelle: Rosstat, Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 10: Internationale Anleihenplatzierungen (Milliarden US-Dollar)

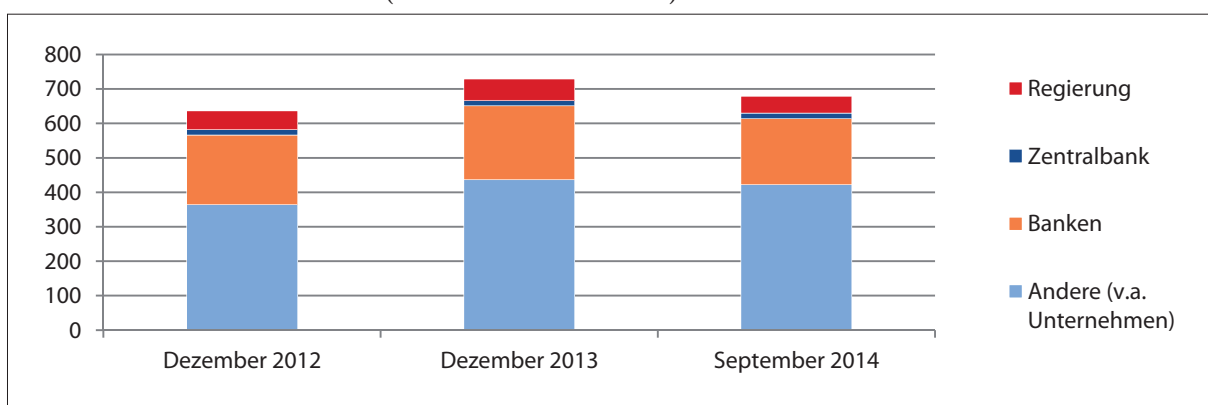
* Bis Ende Oktober 2014

Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

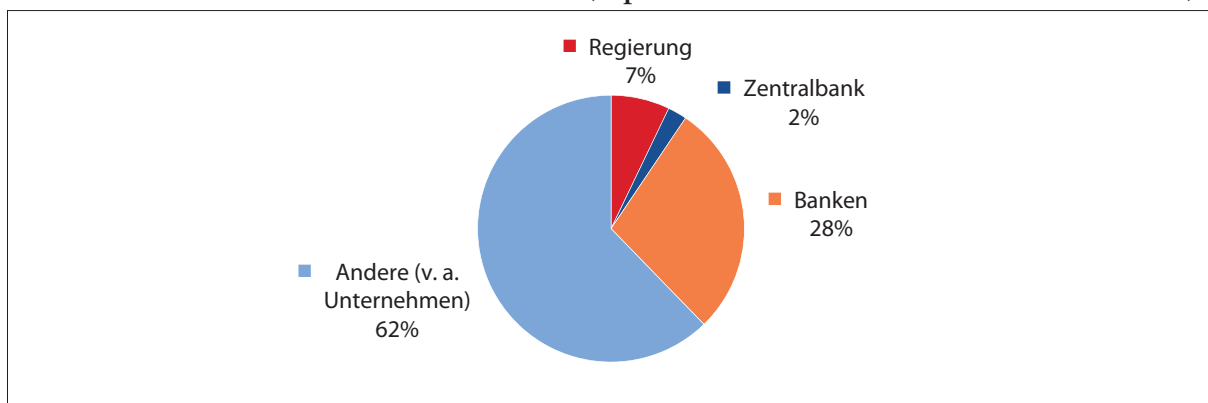
Grafik 11: Anteil Russland internationale Anleihenplatzierungen global (%)


* Bis Ende Oktober 2014

Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

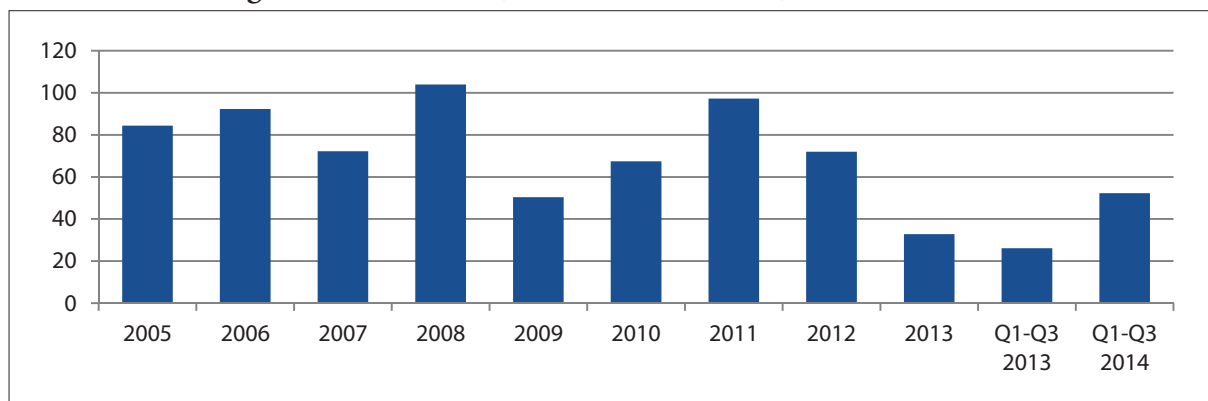
Grafik 12: Auslandsschulden (Milliarden US-Dollar)


Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 13: Prozentanteile Auslandsschulden (September 2014, ca. 678 Milliarden US-Dollar)


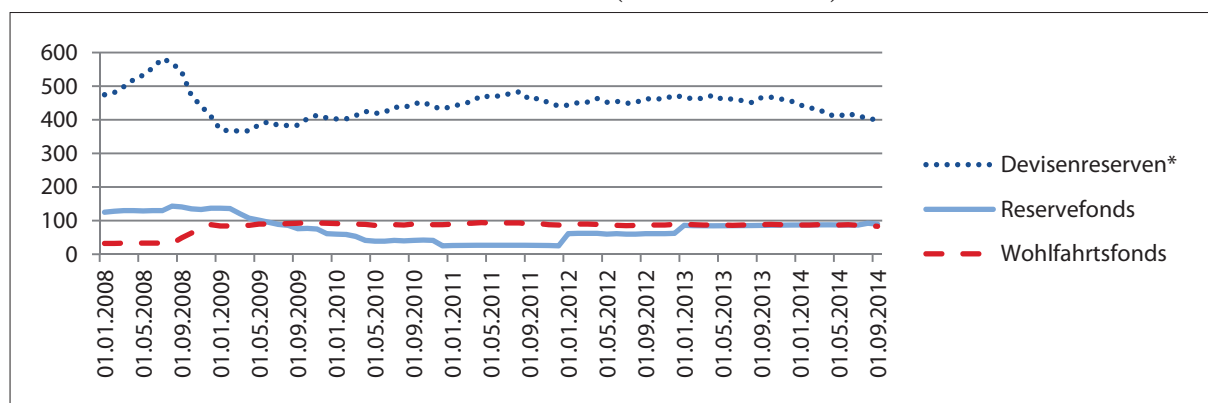
Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 14: Leistungsbilanzüberschuss (Milliarden US-Dollar)



Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

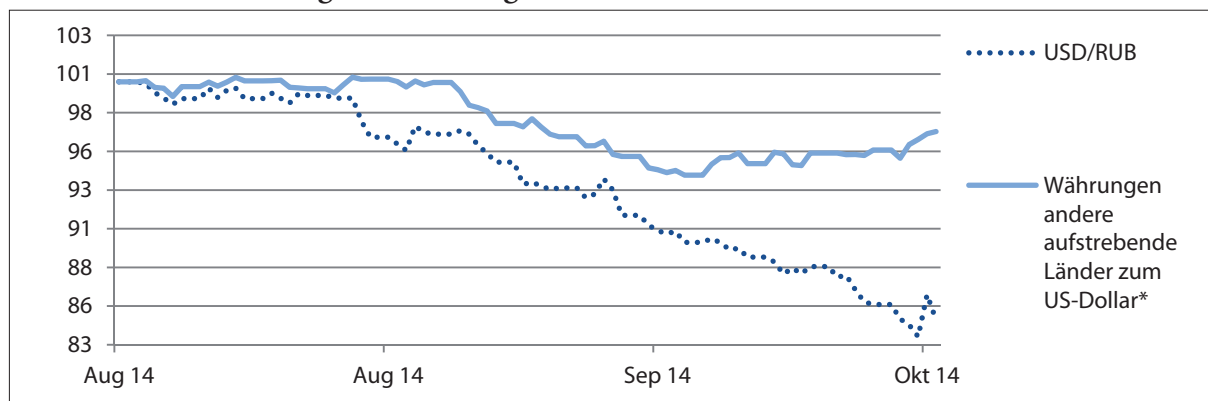
Grafik 15: Devisenreserven und Fiskalreserven (Milliarden USD)



* Liquide Fremdwährungsreserven ohne Gold, IMF-Position etc.

Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 16: Rubel vs. Vergleichswährungen zum US-Dollar**



* Brasilien, Türkei, Südafrika, Indonesien

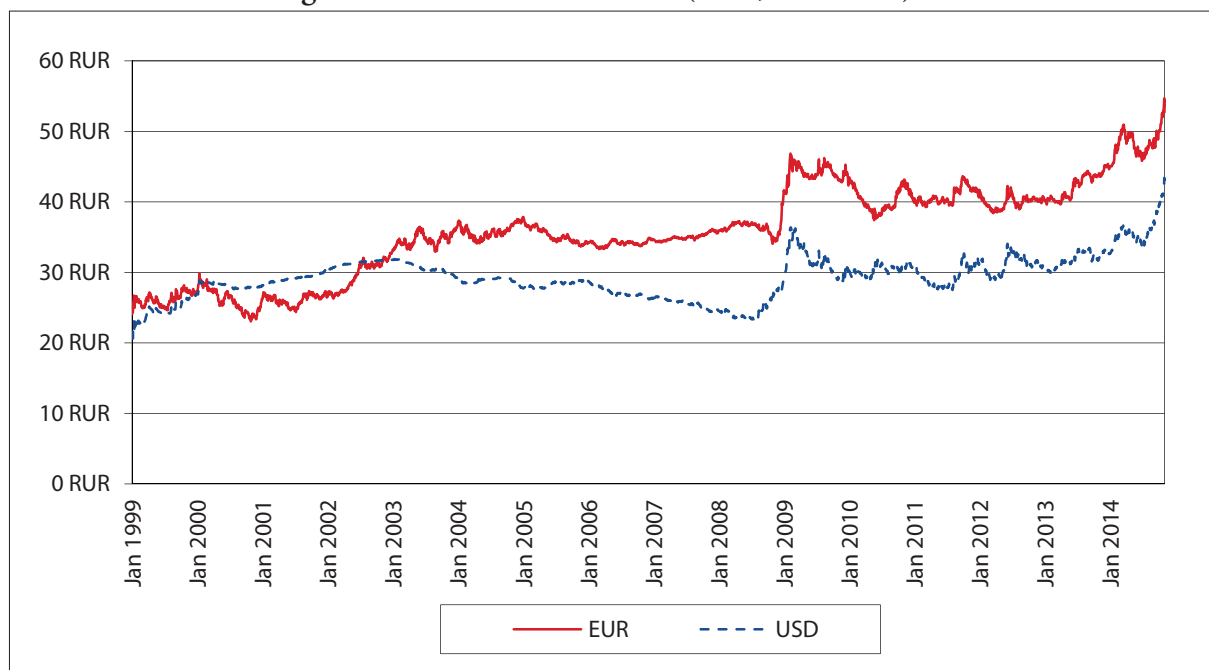
** August 2014=100

Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

STATISTIK

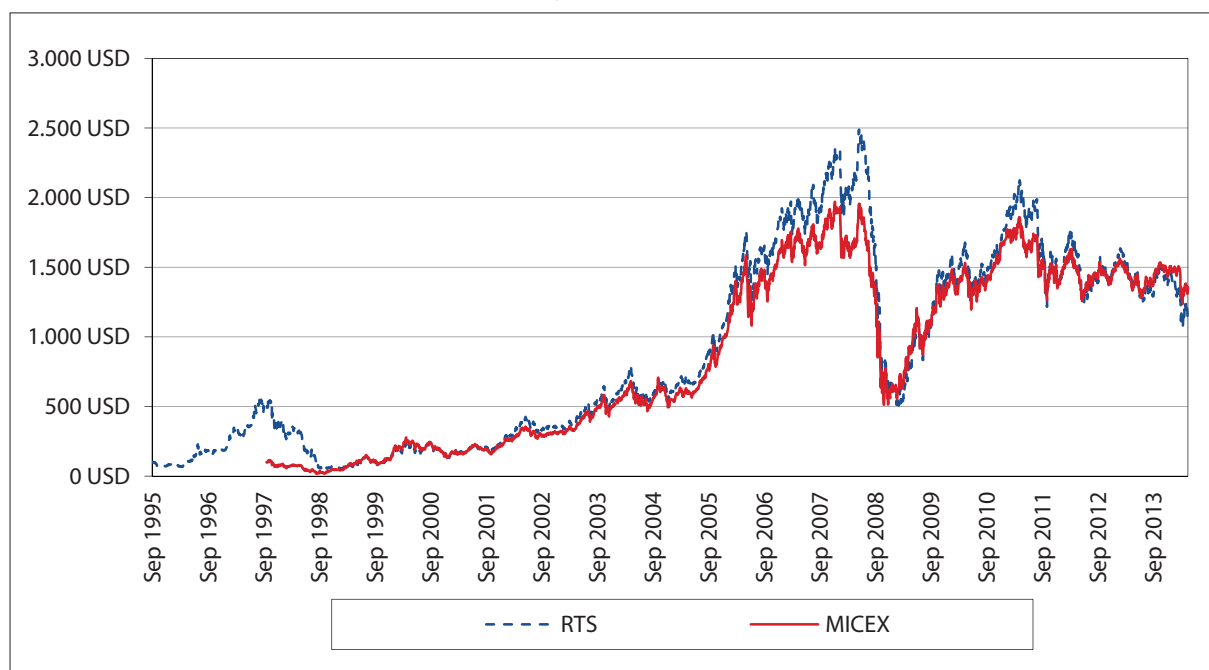
Entwicklung der Aktienindexe und der Währungskurse

Grafik 17: Entwicklung des Rubelkurses 1999–2014 (Euro, US Dollar)



Quelle: Website der Zentralbank <http://www.cbr.ru/currency_base/dynamics.asp>

Grafik 18: Russische Aktienindexe seit 1995

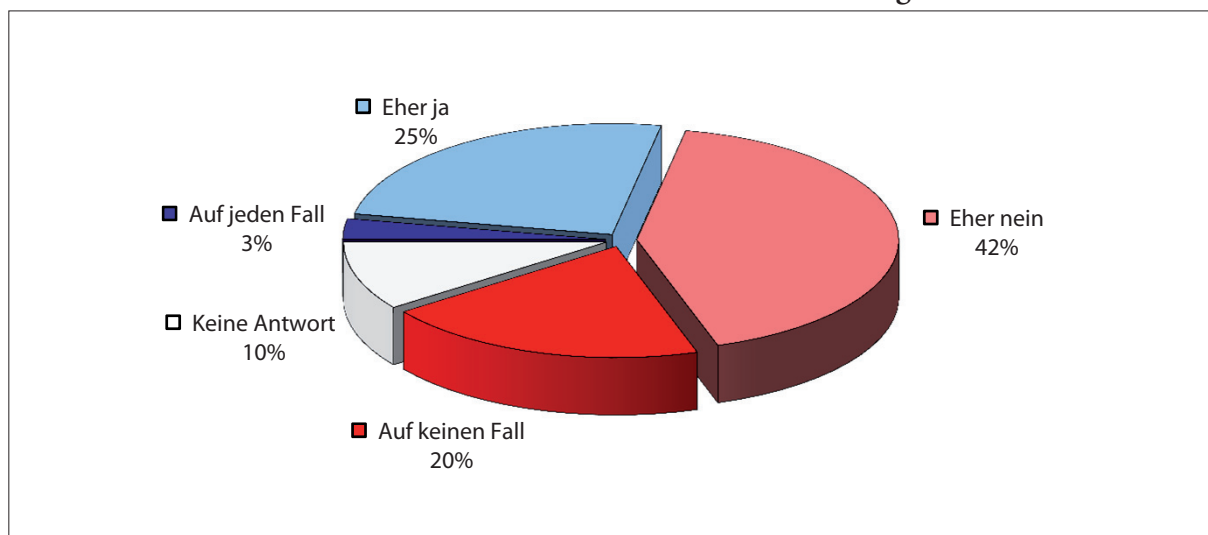


Quelle: Website der Moskauer Börse <<http://moex.com/ru/index/RTSI/archive/#/from=2014-03-26&till=2014-04-25&sort=TRADEDATE&order=desc>>

UMFRAGE

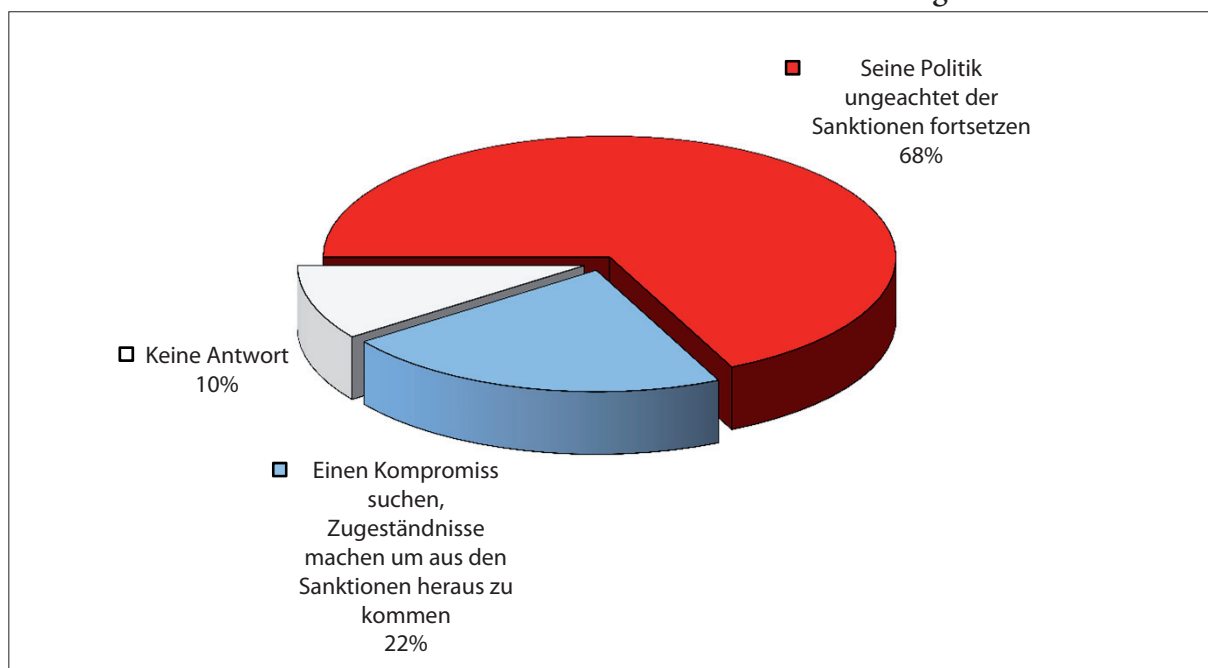
Die russische Öffentlichkeit über Sanktionen

Grafik 19: Sind Sie bereit, eine Verschlechterung Ihrer Lage hinzunehmen, wenn es zwischen den Ländern des Westens und Russland zu Sanktionen und Gegensanktionen kommt?



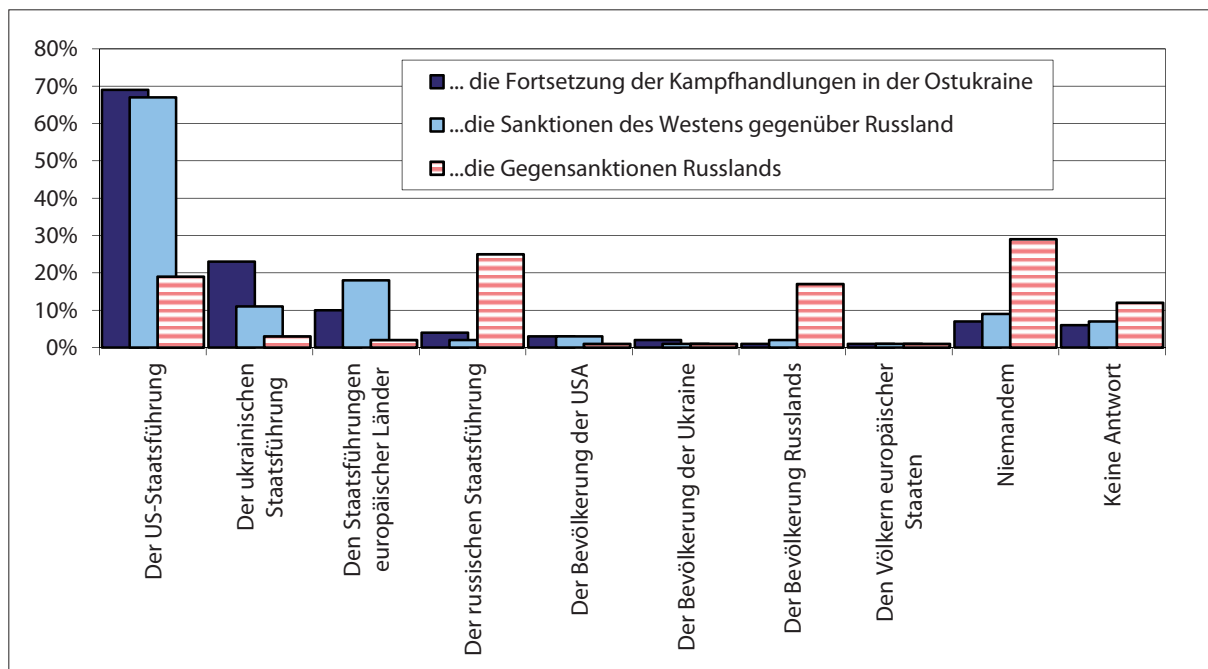
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 30. September 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/30-09-2014/sanktsii-i-kontrsanktsii>

Grafik 20: Wie sollte Russland auf die Sanktionen westlicher Staaten reagieren?



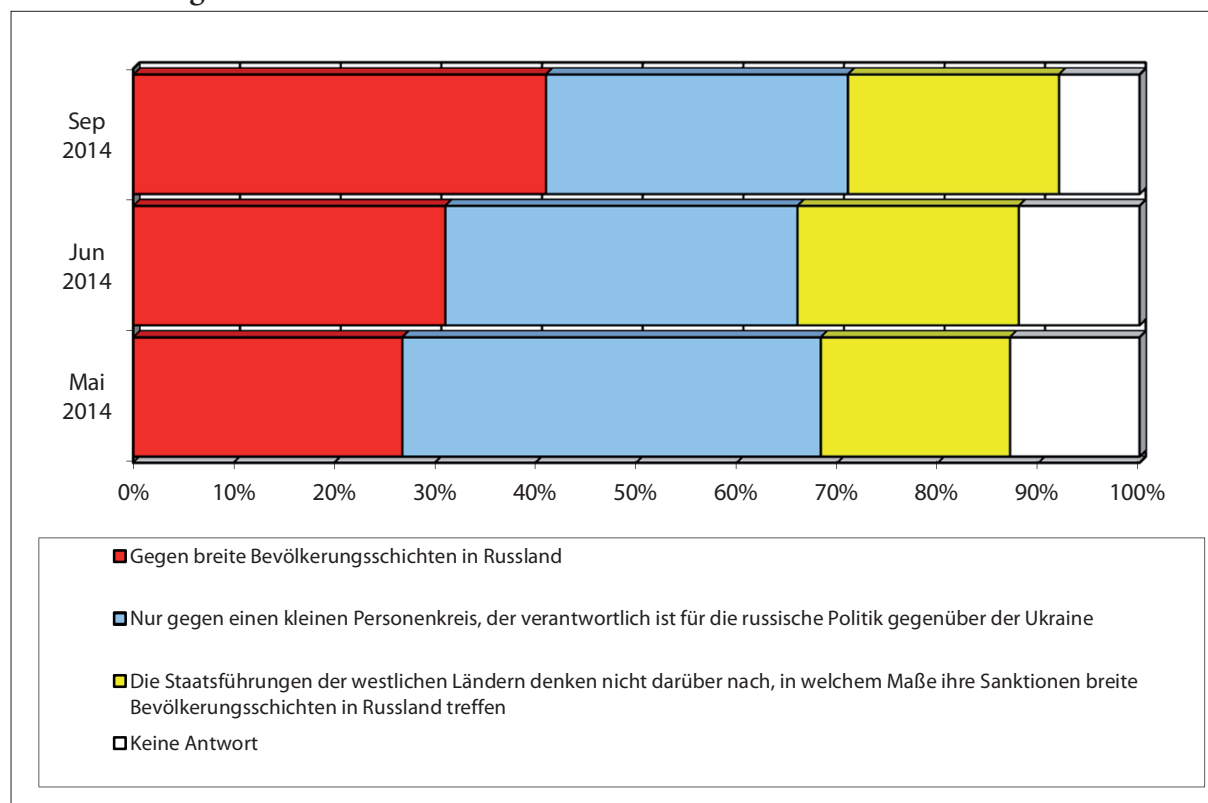
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 30. September 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/30-09-2014/sanktsii-i-kontrsanktsii>

Grafik 21: Wem nutzen ...



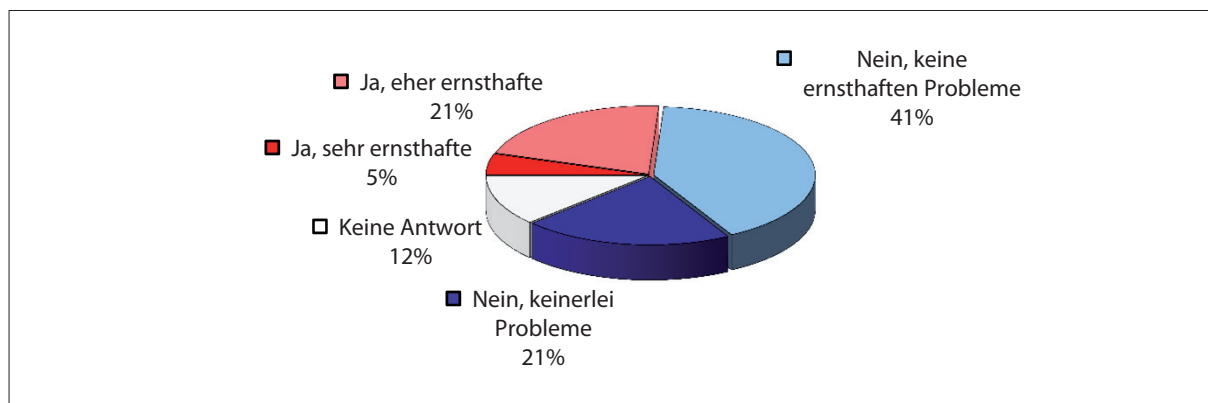
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 30. September 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/30-09-2014/sanktsii-i-kontrsanktsii>

Grafik 22: Gegen wen richten sich die Sanktionen der westlichen Länder?



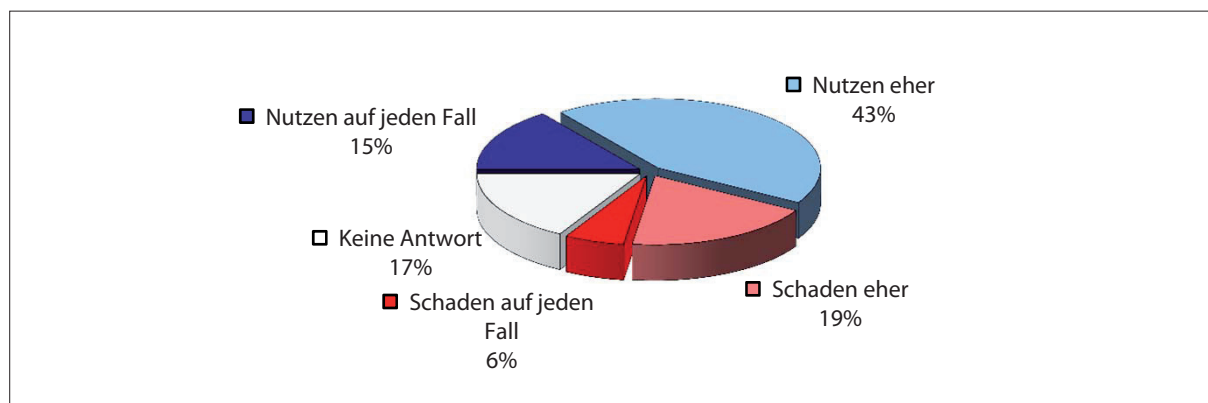
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 16. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/16-10-2014/sanktsii-protiv-rossii-i-kontrsanktsii>

Grafik 23: Können die Sanktionen westlicher Länder Probleme für Sie und ihre Familie verursachen?



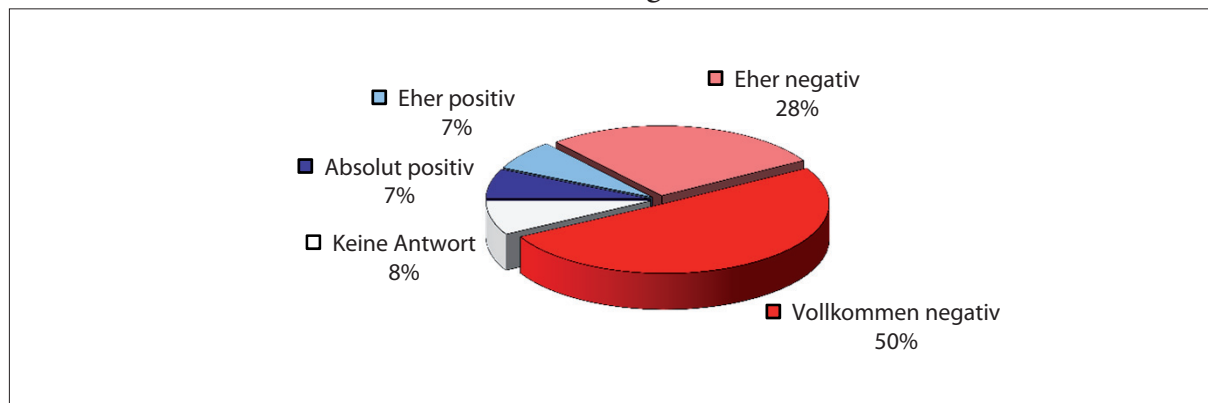
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 16. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/16-10-2014/sanktsii-protiv-rossii-i-kontrsanktsii>>

Grafik 24: Nutzen oder schaden die Sanktionen des Westens und die Gegensanktionen Russlands der russischen Wirtschaft?



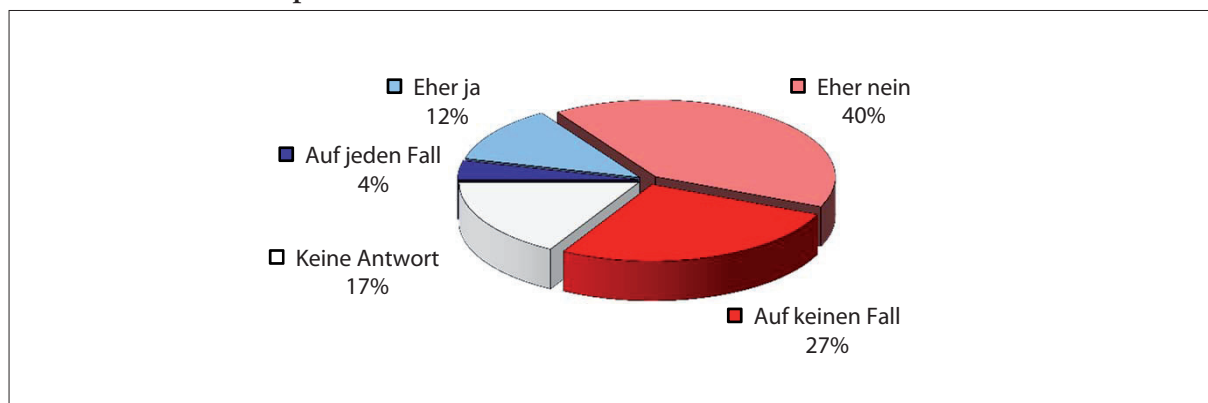
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 16. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/16-10-2014/sanktsii-protiv-rossii-i-kontrsanktsii>>

Grafik 25: Was halten Sie von der Idee einer Rückgabe der Krim an die Ukraine?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 16. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/16-10-2014/sanktsii-protiv-rossii-i-kontrsanktsii>>

Grafik 26: Sollte Russland auf die Forderungen des Westens eingehen und die Unterstützung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk einschränken?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 16. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/16-10-2014/sanktsii-protiv-rossii-i-kontrsanktsii>

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Neue Kriegseskalation nach den Wahlen im Donbass?

Eine Woche nach den Parlamentswahlen in der Ukraine fand eine Abstimmung über die »Republikchefs« in den von den Separatisten kontrollierten Gebieten statt. Die Wahlkommissionen der sogenannten Volksrepubliken Donezk (DNR) und Luhansk (LNR) verkündeten die Siege für Alexander Sachartschenko in Donezk und Igor Plotnizkij in Luhansk. Kiew bezeichnete die Wahlen als »Farce« und droht mit einem neuen Militäreinsatz gegen die Separatisten. Brüssel erkennt die Wahl im Donbass ebenfalls nicht an und hält sie für einen Verstoß gegen das Minsker Abkommen vom September 2014. Moskau hat die Wahlergebnisse in der DNR und der LNR *de facto* anerkannt und die Willensäußerung der Bevölkerung im Donbass begrüßt. Die Blogger diskutieren über die Folgen der Abstimmung in der Ostukraine und prognostizieren eine neue Stufe der Eskalation zwischen Russland, der Ukraine und dem Westen; es meldeten sich unter anderem zu Wort: Jewgenij Kiseljow, ein russischstämmiger Journalist aus Kiew; der Politologe Gleb Kusnezow, der Soziologe Igor Ejman und der Publizist Alexander Selitschenko.

Es kann ein neuer Krieg kommen

»Die sogenannten Wahlen auf Teilen der Gebiete Donezk und Luhansk, die sich im Moment unter der Kontrolle bewaffneter prorussischer Separatisten befinden, kann man meines Erachtens nur in fetten Anführungszeichen als »Wahlen« bezeichnen.

Das hätte sich selbst der alte Tschurow [*Wladimir Tschurow, seit 2007 Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission Russlands; Anm. d. Red.*] nicht träumen lassen: Wahlen ohne Wahlkommissionen, ohne Wählerlisten, ohne irgendein formelles Wahlverfahren, ganz zu schweigen vom Wettbewerb. Wahlen, bei denen sogar Menschen mit russischen Pässen ihre Stimme abgeben können. Wo per Internet gewählt wird.

Die Schlangen vor den Wahllokalen, wo den Wählern buchstäblich Möhren geboten wurde – im Netz sind zahlreiche Bilder veröffentlicht worden, auf denen eine Menge Säcke mit Möhren, Kartoffeln, Kohl, Zwiebeln für einen symbolischen Preis von einer Hrywnja, rund drei Rubel, pro Kilo zu sehen sind. Auf junge Männer warteten in den Wahllokalen neben den Möhren noch weitere »angenehme Überraschungen«. Ihnen werden Vorladungen zur Einberufung in die bewaffneten Einheiten der Separatisten ausgehändigt (»LNR« und »DNR«). Allem Anschein nach mangelt es denen akut nun an Personal. [...]

Russische Medien berichten dabei von irgendwelchen ausländischen Wahlbeobachtern, die angeblich bestätigen, dass die Wahlen fair und nobel ablaufen. Zum Teufel nochmal, welche internationalen Beobachter möchte man fragen, wenn sowohl die USA als auch die EU und die NATO sich weigern, die Wahlen als rechtmäßig anzuerkennen und Russland dafür kritisieren, dass es eine völlig gegensätzliche Position eingenommen hat? [...]

Im Internet sind derweil Informationen aufgetaucht, dass einige ultrarechte und ultralinke europäische Politiker – genannt werden der Italiener Alessandro Musolino, der Österreicher Ewald Stadler, der Belgier Frank Krejelman – tatsächlich auf dem Territorium der Separatisten erschienen sind und versuchen haben, als Wahlbeobachter einer von ihnen selbst gegründeten Organisation, einer Art geklonter OSZE, die sie als ASZE bezeichnen, wohl einer ›Agentur‹ oder ›Assoziation‹ für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, auftreten. Was soll's, wir wissen nicht erst seit heute, dass europäische Ultraradikale angesichts Putins Regime in Wallung geraten.

Das alles wäre lustig, wenn es nicht so traurig wäre.

Es ist nämlich so, dass der Westen den Rückhalt Moskaus für die Wahlen in der ›LNR‹ und der ›DNR‹ zwangsläufig als einen neuen Schritt Moskaus zur Eskalation des Konflikts in der Ukraine sowie als ernsten Verstoß gegen das Minsker Abkommen bewerten wird. Das hat u. a. der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon bereits erklärt. Das wird wiederum zu neuen Sanktionen gegen Russland führen.

Das Traurigste daran ist jedoch, dass Putin anscheinend einen anderen Plan im Kopf hat. Es ist nicht ausgeschlossen, dass er sehr bald die ›Wahlergebnisse‹ zur Ausweitung der russischen – auch militärischen – Einmischung im Osten und Südosten der Ukraine einzusetzen versucht, indem er beispielsweise auf Bitten der angeblich legitimen neugewählten Regierungen der ›DNR‹ und der ›LNR‹ verweist. Das bedeutet leider, dass uns ein neuer Krieg bevorstehen könnte. [...]

Jewgenij Kiseljow bei Echo Moskwy, 3.11.2014 <<http://echo.msk.ru/blog/kiselev/1430218-echo/>>

Ihr habt doch selbst für den Feldzug gestimmt

»Die Wahlen im Donbass sind sehr gute Wahlen. Sie zeigen, dass ›Demokratie‹, ›Wahlen‹, ›Prozeduren‹, ›Parlament‹ an sich keine Probleme lösen. Der Preis der ›Legitimität‹ durch die Wahlen beträgt eine Hrywnja pro Kilo. Sehr bald begreifen die schlangestehenden Menschen, dass sie zum zweiten Mal in einem halben Jahr von der ›Willensäußerung‹ nur Krieg, Tode, Elend und Banditismus erhalten. [...]

Ich habe großes Mitgefühl mit der Bevölkerung im Donbass, die gestern erneut betrogen wurde und schon heute im Interesse der frisch gewählten Feldkommandeure und ukrainischen nationalistischen Falken weiter plündern und töten könnten. ›Ihr wolltet es doch selbst – für Mariupol, Slowjansk, Kramatorsk und Dnepropetrowsk samt Odessa kämpfen – Ihr habt mich schließlich selbst gewählt, ich habe Euch nichts anderes versprochen‹, könnte Sachartschenko sagen, und das wäre formal die reine Wahrheit. ›Ihr habt doch selbst für den Feldzug nach Mariupol und Odessa, für dieses ganze Noworossija gestimmt‹, wird das ukrainische Militär sagen, ›da darf man sich nicht wundern, dass wir einen möglichen Aggressor liquidieren wollen‹. Auch das wäre formell die Wahrheit. Ich hoffe, dass alle genug Verstand haben, um keinen ›heiligen Krieg‹ unter dem Banner der Wahlergebnisse zu veranstalten, seien es die aus Kiew oder die aus Luhansk. Dieser Fall soll aber auch als Beispiel dafür dienen, warum die Rolle und die Bedeutung von Wahlen sowie elektoraler Legitimität unter modernen Bedingungen extrem überschätzt wird und einer Revision bedarf. [...] Den Menschen müssen zunächst die Grundrechte gesichert werden, unter denen das Recht auf Leben das wichtigste ist. Erst dann sollte es um den Aufbau kommunaler Verwaltungen und Vertretungen gehen. Alles andere wäre afrikanischer Cargo-Kult. Unweigerlich mit afrikanischen Ergebnissen.«

Gleb Kusnezow auf Facebook, 3. November 2014 <<https://www.facebook.com/gleb.kuznetsov/posts/665595630228476>>

Wer entzündet das Feuer des russischen [hier: »ethnisch russischen«; Anm. d. Red.] Dschihad?

»Eine der schwerwiegendsten und anhaltendsten Folgen des Donbass-Abenteuers von Putin ist die Entstehung einer informellen bewaffneten Bewegung ›russischer Dschihadisten‹. Diese Bezeichnung ist willkürlich. Zu der Bewegung gehören sowohl [russisch-]orthodoxe Fundamentalisten, als auch Duginsche Eurasier, Stalinisten und russische Nazis. Sie alle eint ein aggressiver National-Konservatismus, der Hass gegen den Westen und europäische Werte, Xenophobie, die Orientierung auf Krieg und Gewalt. Diese breite ideologische Grundlage ist eher die Stärke dieser ›Dschihadisten‹ als eine Schwäche. Fundamentale Orthodoxie genießt in der russischen Gesellschaft keinen großen Rückhalt. Antiwestliche Haltung, der Glaube an die eigene nationale Überlegenheit und Exklusivität, Xeno- und Homophobie sind jedoch ziemlich verbreitet.

Girkin/›Strelkow‹, der informelle Führer der ›Dschihadisten‹, formulierte in einem jüngst gegebenen Interview grundlegende Prinzipien dieser Bewegung, die dem islamischen Modell sehr ähneln.

1. Wie bei den Islamisten ist das Weltbild ›russischer Dschihadisten‹ in ›Rechtsgläubige‹, also sie selbst, und die Feinde des rechten Glaubens, also die Feinde Russlands und der Orthodoxie geteilt. Ihre einzig rechte Zivilisation widersteht dem Rest der Welt, einer ›absolut apostatischen, geistlosen Welt, in der alles auf materiellen Werten beruht‹ (›Strelkow‹). Hauptantagonist Russlands sei der Westen. China sei aber nicht viel besser, wo ›Strelkow‹ zufolge dieselben materiellen Werte vorherrschen.
2. Zwischen der rechten ›Russkij mir‹ [*›Russische Welt‹; Anm. d. Red.*] und dem verderbten Westen ist ein Krieg unvermeidbar. ›Russland hat einen Krieg zu erwarten... Wir stehen vor einem Krieg, und diesen Krieg werden wir entweder gewinnen oder verlieren, aber wir werden uns so oder so sehr stark verändern.‹ Seinen Ideologen zufolge ist dieser ›Dschihad‹ unabwendbar, und alle ehrlichen russischen Menschen sind verpflichtet, daran teilzunehmen. [...]

Das Übel besteht darin, dass das Ungeheuer ›russischer Dschihadismus‹ nicht nur für den glücklosen Diktator Russlands gefährlich ist, sondern auch für die ganze Welt. Der Westen hat noch nicht begriffen, dass er vor einer neuen Gefahr steht. In Europa könnten Prozesse beginnen, vor denen der IS-Terror in Syrien und Irak verblassen würde. [...]

Wovon ›Strelkow‹ auch immer träumen mag, die Bevölkerungsmehrheit Russlands wie auch des Westens und Chinas besteht aus materiell orientierten Menschen (das belegen alle Umfragen). Sie werden niemals ›Dschihadisten‹ unterstützen, die Isolation, Entbehrungen und Krieg mit sich bringen. Die aggressiven Fanatiker haben dennoch Chancen. Ihnen könnte der militanteste Teil der herrschenden Elite Russlands Hilfe leisten – die ›Silowiki‹. Unter den ›Falken‹ gibt es viele, die den Geheimdiensten entstammen, deren Verstand schon in der Jugend in Sonderschulen durch Hurra-patriotische, antiwestliche Mythologie vergiftet wurde. Deren Unterstützung könnte für die Entwicklung der russischen dschihadistischen Bewegung entscheidend werden.«

Igor Ejdman bei Echo Moskwy, 4. November 2014 <<http://echo.msk.ru/blog/igeid/1431022-echo/>>

Tapfer werden wir in den Krieg ziehen für...

»[...] Für den Lebensraum? Nein, wir sind kein Drittes Reich. Mit diesem Raum ist bei uns alles in Ordnung.

Für eine hehre Idee? Wofür unsere Großväter gekämpft haben? Aber nein. Wir haben keine hehre Idee. Unsere Ideen sind, von der Vergangenheit zu leben. In unserer Seele gibt es nichts anderes.

Für Respekt, damit uns auch noch jede Motte aber so richtig respektiere? In echt... Na, ja. Das wäre nicht schlecht. Wird das aber klappen?

Die ganze Welt [...] gegen uns zu vereinigen, indem wir ungehorsame Völker mit Gewalt zu unterwerfen versuchen, das machen wir natürlich. Das haben wir schon in erheblichem Maße getan. Unterdrücker werden aber nicht respektiert. Auch wenn sie sehr stark sind. Respekt genießt man nicht durch die Fähigkeit zu töten. Respekt erhält man durch die Fähigkeit, besser zu leben als der andere lebt [...].

Was hat der Westen der Welt gebracht und was bringt er weiterhin? Die Wissenschaft, Technologien, die Fähigkeit, sein Leben zu organisieren. Dafür wird der Westen respektiert, auch von denen, die ihn nicht mögen.

Was bringen wir der Welt? Geschrei über ›Pindosy‹ [*umgangssprachlich für ›Amerikaner‹; ›Amis‹; Anm. d. Red.*] und ›Gayropa‹? Großtuerei? Angeberei mit Verdiensten, mit denen wir nicht das Geringste zu tun haben? Eine perverse, archaische Deutung des Christentums, die oft altertümlicher und traditioneller als der Islam ist [...] Eine solche Deutung findet man höchstens noch in Afrika.

Was sonst? Eine Wirtschaft, die nicht in der Lage ist, etwas anderes außer Waffen zu produzieren? Die heilige Überzeugung, dass man uns für all das lieben muss? Kindliche Komplexe?

Für das alles werden wir brav in den Krieg ziehen? Ist es das, was auf unseren Bannern steht?»

Alexander Selitschenko via Echo Moskwy, 5. November 2014 <http://echo.msk.ru/blog/ruskiysvet_dot_narod_dot_ru/1430388-echo/>

Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)

Selbstgespräch in der Wagenburg

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Die russische Außenpolitik der letzten Monate bedarf der Erklärung – allzu sehr scheint sie russischen Interessen zuwiderzulaufen. Vor dem Waldai-Club hat es Präsident Putin nun unternommen, die russische Weltsicht und die außenpolitische Strategie darzulegen. Putin sieht eine neue, polyzentrische Weltordnung, in der Russland einen wichtigen Platz einnehmen will. Behindert werde die Entwicklung dorthin durch die USA, die darauf bestehen, den einzigen Pol der Weltordnung darzustellen. Russland plädiert dagegen für eine Reihe von Zentren, die ihre Nachbarschaft integrieren und miteinander im Dialog stehen. Nur ein solches System könne, so Putin, das globale Chaos überwinden.

Putins Konzept muss vor dem Hintergrund der russischen außenpolitischen Debatte gesehen werden. Vergleicht man seine Ausführungen mit denen seiner engen Berater Nikolaj Patruschew und Sergej Glasjew, erscheinen sie geradezu nüchtern. Patruschew ergeht sich in sowjetischen Verschwörungstheorien, Glasjew propagiert eine Weltsicht, die der west- und mitteleuropäischen Neonazis sehr nahe kommt. So unterschiedlich die drei Denkansätze sind, so haben sie doch einige Punkte gemein: alle drei stellen sich Russland als Großmacht vor, als Vormacht des eurasischen Raumes und der »russischen Welt«. Alle drei identifizieren die USA als den eigentlichen Feind, der versucht, Russland zu schwächen und zurückzudrängen. Andere Faktoren spielen in diesem bipolaren Denken nur eine untergeordnete Rolle. Die Gegenüberstellung von Russland und den USA bestimmt die Wahrnehmung der internationalen Lage. Es ist in hohem Maße ein Wagenburgdenken. Mit dem Rücken zur Wand, von Feinden umgeben, versucht man sich selbst und der russischen Öffentlichkeit die Welt zu erklären. Das ist für Russland schon an sich problematisch, doch für die deutsche und europäische Außenpolitik stellt sich die Frage, welche Ansatzpunkte zur Krisenbewältigung es geben kann, solange die Akteure in Russland eine derart spezifische Weltsicht haben.

Russland in Europa

Russland ist historisch und kulturell ein europäisches Land. Seine Wirtschaftsleistung ist nicht gering – sie erreicht fast das Niveau der Bundesrepublik Deutschland. Russland verfügt über große Naturressourcen, doch ist das industrielle, wissenschaftliche und technologische Potential unzureichend entwickelt. Das Land exportiert im wesentlichen Energie und Rohstoffe, die verarbeitende Industrie ist international nicht konkurrenzfähig. Das im Lande verfügbare Kapital ist knapp, eine nachhaltige Entwicklung, die Russland an das internationale Niveau heranführt, bedarf ausländischer Investitionen. Der wichtigste Handelspartner ist die EU, auch das Gros der Investitionen stammt aus europäischen Ländern, oftmals russisches Kapital, das vorher nach Europa abgeflossen ist. Die russische Volkswirtschaft ist also eng mit der EU-Wirtschaft verflochten. Im Grunde ist das eine *win-win*-Situation: Russland verfügt über Rohstoffe und einen entwicklungsfähigen Markt für Konsumgüter und Industrieanlagen, es benötigt Knowhow und Kapital. Die EU kann beides anbieten und ist ihrerseits an russischen Energielieferungen interessiert. Diese Konstellation kann Grundlage einer stabilen Partnerschaft sein, die zu enger politischer Partnerschaft führen könnte, einer Partnerschaft, die auf gemeinsamer Geschichte, gemeinsamer Kultur

und gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen basiert. In der Praxis haben sich die Beziehungen zwischen Russland und den übrigen europäischen Staaten in den letzten Jahren jedoch in entgegengesetzter Richtung entwickelt. Die russische Führung hat einen konfrontativen Weg gewählt. Sie hat einseitig Grenzen in Europa verändert, übt Druck auf Nachbarn aus – bis hin zum Einsatz von Militär wie auf der Krim und zur materiellen und personellen Unterstützung von Gewaltakteuren in Bürgerkriegsregionen wie der Ostukraine. Die russische Führung hat eine Reihe von internationalen Abmachungen gebrochen – vom Budapester Abkommen bis hin zu den Vereinbarungen von Minsk. Im Ergebnis ist die europäische Sicherheitsarchitektur weitgehend zerstört worden – und die heutige russische Administration trägt daran ein gerüttelt Maß an Verantwortung. Russland hat sich auch in einen Gegensatz zur Mehrheit der Mitgliedsstaaten der UNO, der OSZE und des Europarates gestellt.

Von außen erscheint diese Politik, die Russland international isoliert und die russische Wirtschaft beschädigt, als ausgesprochen irrational. Das Denken und Handeln der russischen Führung bedarf der Erklärung. Offenbar nehmen die Akteure in der dritten Putin-Administration die Welt anders wahr, als die europäischen Politiker. Mit dieser Perzeption gilt es sich auseinanderzusetzen.

Das Waldai-Konzept – Vorschlag für ein neues Jalta?

Russische Politiker haben in den letzten Wochen versucht, der Außenwelt ihre Sichtweise verständlich zu machen. Präsident Wladimir Putin hat ein Treffen mit dem »Waldai-Club« – einer Runde internationaler Experten, die alljährlich auf Einladung russischer Stellen zusammenkommen – genutzt, um seine Sicht der aktuellen Krise zu präsentieren. Die Rede wurde in der russischen Presse unmittelbar danach allgemein als »hart«, »offen«, »konzeptionell«, »inhaltsreich«, »analytisch«, »sorgsam durchdacht« und als eine Grundsatzrede über die Beziehungen zwischen Russland und »dem Westen« beschrieben. Offensichtlich war der Vortrag programmatisch gemeint und die Argumentation sorgfältig vorbereitet worden.

Das, was der Präsident vorgetragen hat, war nicht unbedingt neu, es war vielmehr die pointierte Zusammenfassung der Positionen, die russische Außenpolitiker in den letzten Jahren immer wieder formuliert hatten. Die Weltordnung, so Putin, wandle sich, dieser Wandel sei von Konflikten begleitet. Die Ordnungsinstrumente, die zum Teil noch aus der Zeit nach dem 2. Weltkrieg stammen, müsse man behutsam anpassen. Behindert werde die Neuordnung des internationalen Systems durch die USA, die Putin ins Zentrum seiner Kritik stellte: Washington, das sich als Sieger des »Kalten Krieges« fühle und gebärde, sei bestrebt, die Welt ihren Interessen unterzuordnen, sie zu dominieren. Die USA und ihre Verbündeten – Putin nannte sie »Satelliten« – versuchten, anderen Ländern ihre eigenen »Rezepte« aufzuzwingen – gewaltsam, durch wirtschaftlichen und propagandistischen Druck, Einmischung in innere Angelegenheiten, durch *regime change* mit oder ohne rechtliche Begründung. Der Präsident kritisierte diese Politik und wies auf die negativen Folgen amerikanischen Engagements im Irak, in Afghanistan und in Syrien hin. Das einseitige Diktat der USA, so Putin, beseitige die Konflikte nicht, es eskaliere sie vielmehr. Die USA setzten wieder auf eine Spaltung der Welt, wie seinerzeit im »Kalten Krieg«, grenzten Staaten aus, entwickelten Feindbilder und übten Druck aus:

»Allerdings ist die heutige globalen Wirtschaftszusammenarbeit einem beispiellosen Druck westlicher Regierungen ausgesetzt. Welche Art von Geschäft, welche wirtschaftliche Zweckmäßigkeit, welcher Pragmatismus kann bestehen, wenn die Lösung ausgegeben wird: ›Das Vaterland ist in Gefahr, die freie Welt ist in Gefahr, die Demokratie ist in Gefahr!‹? Dann muss man mobilisieren. Das ist Mobilisierungspolitik.«

»Nationale Souveränität« sei für die meisten Staaten nur noch ein relativer Begriff. Je höher die Loyalität des jeweiligen Regimes zum »einzigen Zentrum« – den USA – sei, desto höher bewerten die USA deren Legitimität. Zugleich täten die USA und ihre Satelliten alles,

um die internationale Zusammenarbeit zu sabotieren. Eine solche Haltung, so Putin, entspreche nicht mehr der Wirklichkeit einer vielgestaltigen, einer multipolaren Welt. Wirtschaftliche Zusammenarbeit sei nötig, und der Aufbau eines neuen internationalen Systems. Denn, so warnte er, die neue »polyzentrische Welt« sei nicht stabil, im Gegenteil: es drohe eine weltweite Anarchie, wenn man nicht ein System von Verträgen und gegenseitigen Verpflichtungen sowie einen Konfliktlösungsmechanismus schaffe. Eine Gefahr stelle insbesondere die innere Instabilität einiger Staaten dar, die Ukraine sei ein Beispiel dafür. Gefährlich sei auch die Tendenz, dass viele Staaten nur im Bau der Atombombe eine Garantie für die eigene Souveränität sähen. Schließlich nehme die Zahl der religiösen, interethnischen und sozialen Konflikte zu, also der Nährboden für Gesetzlosigkeit, Chaos und Terrorismus. In dieser Situation sei ein neuer globaler Konsensus »der verantwortlichen Kräfte« notwendig.

In diesem Zusammenhang hob Putin die Rolle von Regionalorganisationen hervor, die Regeln setzten und den Raum organisierten. Die Zusammenarbeit zwischen solchen »regionalen Zentren« werde die internationale Stabilität erheblich voranbringen. Alle diese Zentren und ihre Integrationsprojekte müssten aber – das betonte der Präsident – das gleiche Recht auf Entwicklung haben. Russland, so schloss er, habe eine integrative, positive, friedliche Agenda, es arbeite friedlich mit der Eurasischen Wirtschaftsunion, der Shanghai Organisation, den BRICS-Staaten und anderen Partner zusammen.

Polyzentrismus und das Feindbild USA

Die Idee einer Weltordnung, in der eine Reihe von »Zentren«, die als Integrationskerne für ihre jeweilige Nachbarschaft dienten, im Dialog Ordnung, Wirtschaftsentwicklung und Sicherheit garantierten, haben russische Politiker seit vielen Jahren propagiert. Dass die Welt »multipolar« oder »polyzentrisch« ist, dass neben den USA, China, Japan, der Europäischen Union, perspektivisch auch Indien, Brasilien und andere Staaten von Bedeutung sind, ist gewiss eine zutreffende Beobachtung. In dieser Welt beansprucht auch Russland eine eigene Rolle. Das Projekt einer eurasischen Integration, das Putin im Oktober 2011 in einem programmatischen Artikel in der »Iswestija« skizziert hatte, war darauf angelegt, Russland als ein »Zentrum« zu etablieren, das die Nachbarstaaten um sich sammeln will. Aus dieser Politik ist eben auch der Russland-Ukraine-Konflikt erwachsen, da die russische Führung auf die innere Entwicklung in der Ukraine, die einer solchen Integration entgegenstand, mit dem Einsatz von Militär auf der Krim und der militärischen Unterstützung für separatistische Kräfte in der Ostukraine reagierte. Putins Rede vor dem Waldai-Club formulierte das Projekt der eurasischen Integration als

Garant für Russlands Rolle als eines der globalen Zentren noch einmal in aller Deutlichkeit – obgleich er auf die Aufgaben Russlands in der neuen Weltordnung nicht explizit einging. Dennoch wurde klar, dass die Rede im Kern Russlands Anspruch artikulierte, »Zentrum« in einer polyzentrischen Welt zu sein.

Zugleich wurde auch deutlich, dass die russische Führung Russland von außen, durch die USA und »ihre Satelliten« bedroht sieht. Die hätten etwa versucht, die »farbigen Revolutionen« für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, doch sei nun der »Geist aus der Flasche« und das Chaos kaum noch steuerbar. Es seien also die USA, deren ungeschickte und egoistische Politik, die Weltordnung destabilisiert hat. Die Europäische Union figurierte in Putins Vortrag als Anhängsel amerikanischer Politik, die ihre eigenen Interessen vernachlässige, und deren Logik er nur schwer verstehen könne. Die Sanktionspolitik störe die internationale Zusammenarbeit, sie sei ganz allein politisch motiviert und dem Streben nach amerikanischer Einflussnahme geschuldet – »Wir verstehen, wie und unter wessen Druck diese Entscheidung gefällt wurde«. Russland seinerseits werde auf die Sanktionen weiter keine Aufmerksamkeit verschenden: »Russland ist ein selbstgenügsames Land«. Selbstgenügsam und im guten Sinne konservativ, so beschrieb Putin die Rolle seines Landes, das wie der Bär der Taiga, niemanden um Erlaubnis fragen, seine Taiga aber auch niemandem überlassen werde.

Angesichts der Tatsache, dass der Vortrag immer wieder auf die Komplexität der Welt von heute hinwies, auf die vielfältigen Bedrohungen, die sozialen, ethnischen und religiösen Konflikte, auf das Versagen der Ordnungsmechanismen, erscheint es verblüffend, dass Putin allein die USA als Feind ausmacht. China spielt in seinem Weltbild keine besondere Rolle. Der EU spricht er ein eigenes Profil ab, er definiert die europäischen Staaten als »Satelliten«. Demokratisierung erscheint als Einmischung in innere Angelegenheiten, als Bedrohung. Farbige Revolutionen kann er sich nur als Intrige der USA vorstellen. So entsteht wieder das Bild einer zweigeteilten Welt: dort die USA und ihre Satelliten, hier der russische Bär. Das ist ein Konzept, das wenig Platz lässt für internationale Integration und für Auflösung der gerade neu entstehenden Blöcke. Im Kern ist es die Vorlage für ein neues Jalta, in dem allen Großmächten – von China über die USA und Europa bis hin zu Russland – ihre Einflussphäre zugesprochen und Sicherheit vor der Einmischung anderer in das politische oder Wertesystem garantiert wird.

Patruschew: Sowjetnostalgie als außenpolitische Leitvorstellung

Vergleicht man Putins Vortrag mit den Äußerungen anderer russischer Politiker, dann erscheint er nüchtern

und zurückhaltend. Nikolaj Patruschew, seines Zeichens Sekretär des nationalen Sicherheitsrates und ehemaliger Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, entwickelte in einem Interview, das er neun Tage vor Putins Waldauftritt der »Rossijskaja gaseta« gab, eine Weltsicht, die völlig von der Zeit des »Kalten Krieges« geprägt war. Feind seien die USA, die über Jahrzehnte alles daran gesetzt hätten, die UdSSR zu zerschlagen und Russland zu schwächen. Patruschew unterstellte, dass die amerikanische Politik im Kern den Vorstellungen folge, die der amerikanische Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski, in den siebziger Jahren Sicherheitsberater von Präsident Carter, formuliert hatte. Der habe seinerzeit empfohlen, die Schwachstellen der UdSSR anzugreifen. Als eine solche Schwachstelle habe der CIA die Wirtschaft ausgemacht und versucht, die UdSSR durch eine zweisträngige Strategie zu ruinieren, indem er einerseits die internationalen Ölpreise senkte und so die sowjetischen Einnahmen verringerte, andererseits über den Rüstungswettlauf die sowjetischen Ausgaben steigerte. Nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion habe die amerikanische Führung ihre Politik dann fortgesetzt, indem sie z. B. »den russischen Einfluss auf dem Balkan beschränkte und die NATO dort etablierte. Auch sei die Aufstandsbewegung in Tschetschenien zeitweise unter Kontrolle des »Westens« gewesen. Durch massive Finanzspritzen hätten die USA auch ganz bewusst die Voraussetzungen für die farbigen Revolutionen im postsowjetischen Raum geschaffen. 2008 habe die georgische Führung mit direkter Unterstützung der USA versucht, Südossetien »zu vernichten« und russische Friedenstruppen angegriffen. In der Ukraine habe man eine ganze Generation mit Hass gegen Russland und dem Mythos der »europäischen Werte« vergiftet, um dann 2014 in Kiew – wieder mit direkter Unterstützung der USA – einen klassischen Staatsstreich durchzuführen, wie ihn die USA schon wiederholt in Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten erprobt hätten. Die Ursache des amerikanischen Vorgehens habe seinerzeit Madeleine Albright verraten, als sie erklärte, das Territorium Russlands sei viel zu groß und zu reich – und Moskau nicht in der Lage, es zu regieren. Daher müsse man anderen Staaten »freien Zugang« ermöglichen. Die USA, so Patruschew, suchten sich angesichts der Verknappung von Energie der russischen Ressourcen zu bemächtigen. Die russische Führung müsse daher jederzeit die territoriale Einheit und Souveränität des Vaterlandes sichern und seine Reichtümer im Interesse des multiethnischen Volkes der Russischen Föderation einsetzen.

Patruschews Fixierung auf die USA und seine Interpretation der Weltgeschichte als eine fortgesetzte amerikanische Verschwörung machen es schwer, ihn ernst zu nehmen. Die Vorstellung, wechselnde amerikanische

Administrationen mit wechselnden Sicherheitsberatern hätten – auch nach 1991 – vor allem ein Ziel verfolgt, nämlich Russland zu schwächen, ist für jemand, der beobachtet, wie amerikanische Politik mit ihren ganzen innenpolitischen Zwängen gestaltet wird, nicht wirklich glaubwürdig. Darüber hinaus hatte man – wenigstens in Europa – in den letzten Jahren eher den Eindruck, dass die USA an Europa wie an Russland das Interesse verloren und sich China und Ostasien zugewandt haben. Patruschew nimmt dies anders wahr – und er gehört gegenwärtig dem engeren Führungszirkel an, der auf russische Außen- und Sicherheitspolitik Einfluss nimmt.

Glasjew und die Weltdeutung des Rechtsradikalismus

Patruschews Weltansicht findet sich in radikalisierte Form auch bei Sergej Glasjew, dem Präsidentenberater für Fragen der regionalen Wirtschaftsintegration, einem ehemaligen Außenwirtschaftsminister, der 2003/2004 einer der Führer der rechtsnationalen Partei »Rodina« (»Heimat«) war. Diese Gruppierung hatte bei den Duma-Wahlen 2003 einen Überraschungserfolg erzielt. Dies wurde von der Präsidentschaftsverwaltung als Gefahr für das Regime interpretiert und man tat alles, um die Partei zu ruinieren. Ihren Führern machte man zugleich Integrationsangebote und zog Glasjew, ebenso wie seinem Stellvertreter, Dmitrij Rogosin, wieder zu Regierungsämtern heran. Seit 2012 gehören beide dem Führungszirkel der dritten Putin-Administration an und stehen für die Politik der rechtsradikalen Mobilisierung. Glasjew wird nachgesagt, dass er die russische Ukrainepolitik mitgestaltet hat. Auf einer Konferenz in Jalta erläuterte er nun, wer eigentlich hinter dem Konflikt in der Ukraine stecke: Es sind die USA.

Die Macht in Kiew sei in Händen von Oligarchen und Kapitalisten, die aus dem Krieg Gewinn zögen. Poroschenko, Jazenjuk und Turtschinow (die er als Inhaber der Macht in Kiew identifiziert) machten sich mit den »postchristlichen Werten« des heutigen Europas gemein. Diese seien, so Glasjew, durch die Geringschätzung der Familie, das Aufblühen von Homosexualität, die Missachtung der Meinung von Mehrheiten und die »Jugendjustiz« geprägt (aus schwer zu nachzuvollziehenden Gründen interpretiert die russische Rechte die Jugendgerichtsbarkeit als »Waffe gegen die Menschheit«). Poroschenko, so Glasjew, sei ein Faschist und werde von Europa nur unterstützt, weil dieses von den Amerikanern besetzt sei, die auf europäische Politiker Druck ausübten. Der faschistisch-ukrainische Staat entstehe unter direkter Führung der USA, genauer: ihrer Geheimdienste und Einflussagenten. Der wirkliche Präsident der Ukraine sei der amerikanische Botschafter. Mit den Händen der ukrainischen Faschisten entfessel-

ten die Amerikaner, so Glasjew, einen Krieg in Europa. Der Krieg sei für die Amerikaner ein gutes Geschäft. Ihre Investitionen hätten sich jetzt schon amortisiert. In diesem Zusammenhang verweist Glasjew auf die ukrainischen Goldreserven und die ukrainischen Kunstschätze, die heute angeblich in Washington seien. Im Donbass befänden sich Ölschieferlagerstätten, daher vertreibe man da die Bevölkerung. Die USA bräuchten den Krieg, um die Schulden loszuwerden, Konkurrenten zu schwächen und die »russische Welt« zu zerstören. Die »russische Welt« aber müsse gerettet werden.

Kaum Hoffnung auf Bewegung in der Außenpolitik

Liest man solche Ergüsse, dann fragt man sich, ob man es mit Tollhäuslern zu tun hat, oder mit Kindern, die sich zu lange das unzerreißbare Bilderbuch für kleine Nazis angeschaut haben. Aber es handelt sich bei Glasjew und Patruschew um Politiker, die gegenwärtig dem engeren Umfeld der Putin-Administration zuzurechnen sind. Ihre Perzeption der internationalen Lage beeinflusst die russische öffentliche Meinung und bis zu einem gewissen Grade auch russische Außenpolitik. Gewiss unterscheiden sich die Argumentationen von Putin, Glasjew und Patruschew. Das Denken Patruschews ist zutiefst von der Erinnerung an die Ost-West-Konfrontation geprägt, als sich die Supermächte UdSSR und USA gegenüberstanden. Den Untergang der UdSSR kann sich der KGB-Mann Patruschew nur als amerikanische Intrige erklären. Und die Demonstrationen auf dem Majdan sind einfach die folgerichtige Fortsetzung dieser erfolgreichen US-Strategie. Glasjew nimmt die Welt anders wahr: Auch für ihn sind die Amerikaner schuld, die Druck auf Europa ausüben, die ukrainischen Ressourcen stehlen und den Dritten Weltkrieg anstreben, um ihre Schulden loszuwerden. Aber seine Argumentationsmuster gleichen eher denen der Rechtsradikalen in Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Staaten. Sein Denken speist sich weniger aus der sowjetischen Vergangenheit als aus der rechtsradikalen Gegenwart. Putin argumentiert demgegenüber geradezu differenziert und sehr viel nüchterner. Für ihn geht es darum, Russland in der neuen Weltordnung einen angemessenen Platz zu verschaffen, eine Position auf Augenhöhe mit den USA. Und dazu muss Russland ein »Zentrum« darstellen, als Kern eines eurasischen Integrationsprozesses.

So unterschiedlich die drei Denkansätze sind, so haben sie doch einige Punkte gemein: alle drei stellen sich Russland als Großmacht vor, als Vormacht des eurasischen Raumes, als »russische Welt«. Alle drei identifizieren die USA als den eigentlichen Feind, der versucht, Russland zu schwächen und zurückzudrängen.

Andere Faktoren spielen in diesem bipolaren Denken nur eine untergeordnete Rolle. Die Gegenüberstellung von Russland und den USA bestimmt die Wahrnehmung der internationalen Lage. Das ist offensichtlich ein nicht überwundenes Erbe aus der Zeit des »Kalten Krieges«. Man hat zwar die wachsende Bedeutung Chinas und anderer BRICS-Staaten wahrgenommen, wie auch die wichtige wirtschaftliche Rolle der EU, doch dies spielt im außen- und sicherheitspolitischen Denken keine Rolle.

Wichtige politische Akteure in Russland leben in der Vergangenheit und verweigern sich außen- und wirtschaftspolitischen Realitäten. Das ist eigentlich nur als Wagenburgdenken zu erklären. Mit dem Rücken zur Wand, von Feinden umgeben, versucht man sich selbst und der russischen Öffentlichkeit die Welt zu erklären. Eine solche Haltung hat nicht nur für die innere Entwicklung Russland negative Folgen, sie stellt auch für die deutsche und europäische Außenpolitik ein Problem dar. Denn welche Ansatzpunkte zur Krisenbewältigung kann es geben, wenn die Akteure in Russland die Welt in Freund-Feind-Schemata wahrnehmen. Man muss

wohl davon ausgehen, dass der politische Bewegungsspielraum und die Kompromissfähigkeit auf russischer Seite gegenwärtig sehr gering sind.

Hoffnung auf eine gewisse Bewegung besteht dann, wenn der Einfluss professioneller Außen- und Wirtschaftspolitiker in Russland zunimmt. Personen wie der ehemalige Finanzminister Aleksej Kudrin oder German Gref, der ehemalige Wirtschaftsminister und Vorstandsvorsitzende der Sberbank, vertreten zwar auch offensiv russische Großmachtinteressen, doch haben sie eine Vorstellung von sozialen Zwängen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und sie sind nicht Gefangene rückwärtsgewandter Verschwörungstheorien. Präsident Wladimir Putin kann, das hat die Erfahrung gezeigt, mit Leuten wie Gref und Kudrin ebenso gut arbeiten, wie er heute mit rechtsradikalen Akteuren umgeht, die sich in einer ideologischen Wagenburg eingeklinkt haben. Doch seit Mitte 2012 setzt die Präsidialadministration im Innern auf eine rechte Mobilisierungspolitik. Mit Erfolg – die Zustimmung zum Regime und zum Präsidenten ist gewachsen. Insofern sind Verschiebungen in der Spitze nicht so rasch zu erwarten.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Lesetipps

Die zitierten Texte finden sich auf Russisch (bzw. im Falle Putins auch auf Englisch) im Internet:

- Putin, Wladimir:
Sasedanije Meshdunarodnogo diskussionnogo kluba »Waldai«. 24 oktjabrja 2014 goda, President Rossii, oficialnyj sajt; <<http://news.kremlin.ru/transcripts/46860>, 4. November 2014>. Eine englische Version der Rede findet sich unter: <<http://eng.kremlin.ru/transcripts/23137>>
- Patruschew, Nikolaj:
Wtoraja »cholidnaja«. Nikolaj Patruschew: »Otreswlenije« ukrainzew budet shostkim i bolesnennym, in: Ros-sijskaja gaseta, 15.10.2014; <<http://www.rg.ru/2014/10/15/patrushev.html>, 4. November 2014>.
- Glasjew, Sergej:
Sergej Glasjew: Komu wygodna wojna na Ukraine, in: Pravda.Ru, 13. Oktober 2014; <<http://www.pravda.ru/world/formerussr/ukraine/13-10-2014/1230500-glazjev-0/#>>.

NOTIZEN AUS MOSKAU

PUTIN!

Jens Siegert, Moskau

Bei der diesjährigen Sitzung des Waldai-Klubs, die, wie alles Wichtige seit den Olympischen Winterspielen, in Sotschi stattzufinden hatte, gab es zwei (wenn auch aus unterschiedlichen Gründen) bemerkenswerte Auftritte russischer Spitzenpolitiker: den von Wladimir Putin und den vom ersten stellvertretenden Chef seiner Präsidentenadministration Wjatscheslaw Wolodin. Putins Auftritt wurde sofort mit seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im 2007 verglichen (einige Links zu deutschsprachigen Artikeln auf Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/Rede_Wladimir_Putins_auf_der_Waldai-Konferenz_in_Sotschi_2014>). Doch davon später. Zunächst zu Wolodins Auftritt. Er wird wohl nur einer einzigen Aussage wegen im Gedächtnis bleiben, deren Lakonie und Prägnanz im Deutschen widerzugeben mir leider nur unzureichend gelingt: »Solange es Putin gibt, gibt es Russland. Ohne Putin gibt es kein Russland«

Wolodin ist im Kreml für Innenpolitik zuständig, und das heißt: für die Kontrolle alles Politischen im Land. Seine Worte dürften ihm also nicht einfach so rausgerutscht, sondern wohl abgewogen sein. Wahrscheinlich deshalb erinnerte sich nicht nur Georgij Mirkij, ein altgedienter und bekannter Historiker, an andere, an totalitäre Zeiten. Mirkij zitierte, ohne ein Wort über Wolodin oder Putin zu verlieren, in seinem Blog auf der Website des Radiosenders »Echo Moskwy« (»Echo Moskaus«) Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess. Der schrie vor ziemlich genau 80 Jahren auf einem NSDAP-Reichsparteitag: »Hitler ist die Partei. Deutschland ist Hitler. Hitler ist Deutschland.« Nun geht es hier natürlich nicht um platte und also immer falsche historische Parallelen. Putin ist nicht Hitler und Russland hat nichts mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu tun. Eher schon erinnert das Land (und erinnert es sich) immer mehr an die Breschnjewsche Sowjetunion. Die war international großmächtig, im Inneren aber, zumal verglichen mit den tiefen Schrecken der damals noch sehr nahen Stalinzeit, fast schon gemütlich. Auch deswegen ist der stärker und stärker werdende Führerkult im heutigen Russland so befremdlich.

Wichtig ist aber noch etwas anderes. Die Wolodinsche Gleichung offenbart zugleich Hybris und Schwäche des Putinschen Regimes. Damit deutet sie auch auf eine große Gefahr. Wer ein ganzes Land (und sich) so an einen einzigen Menschen bindet, muss entweder sehr überzeugt sein oder sehr viel Angst haben. Die öffentliche (und systematisch öffentlich geschürte) Hysterie der »wiedergewonnenen« angeblichen Größe in Russ-

land hat Elemente von beidem. So wird sie zunehmend zu einem Tanz auf dem Vulkan. Die Erfahrung zeigt zudem, dass eine derartige Symbiose zwischen Land und Führer, selten länger gut geht als der Führer kräftig ist und am Leben.

Man könnte die Gleichsetzung Russland–Putin aber auch noch anders lesen. Putins Popularität ist die entscheidende Ressource, die das gegenwärtige politische Establishment an der Macht hält. Der im Sommer gestorbene russische Soziologe Boris Dubin hat diesen Mechanismus in seinem im Juliheft der Zeitschrift Osteuropa erschienenen Aufsatz »Macht, Masse Manipulation« eindrucksvoll beschrieben. Darin verweist er auch auf den engen »Zusammenhang von fehlender politischer Konkurrenz und benötigten hohen Zustimmungsraten«. So gesehen könnte die Wolodinsche Sentenz auch eine präventive Reaktion auf demnächst wieder fallenden Zustimmungsraten in Meinungsumfragen sein. Tatsächlich haben sie im Herbst nach dem Krim-Allzeit-Hoch im Frühjahr und Sommer schon wieder leicht nachzugeben begonnen, und die Perspektiven sind eher düster. In der Ostukraine geht es hurrapatriotisch nicht so recht voran, der Rubel befindet sich gegenüber Dollar und Euro im freien Fall, überall werden, vorgeblich im Zuge einer »Optimierung«, tatsächlich aber, weil das Geld nicht mehr reicht, Kliniken und Schulen zusammengelegt oder geschlossen.

Es spricht also vieles dafür, dass wohl auch Putins Russland, nicht zuletzt wegen dieser immer weiter gestiegenen Fixierung auf ihn als Heilsbringer, mit Putin untergehen wird. Das wird wahrscheinlich nicht schön für Russland und viele seiner Menschen. Aber diesen Untergang abzuwenden oder abzuschwächen vermögen eben nur diese Menschen selbst (auch wenn sie es bisher in ihrer großen Mehrheit nicht zu wollen scheinen).

Anders sieht es mit den Ländern und Menschen um Russland herum, ja ganz Europa, aus. Je mehr sich die innere Aggressivität des Regimes nach außen richtet, desto größer ist die Gefahr, auch mit unter die Räder zu kommen. Und hier ist die Verbindung zu Putins Rede in Sotschi. Das möchte ich in drei Schritten erläutern: einem kurzen Vergleich mit der Münchner Rede von 2007, und je einem Kommentar von Lilia Schewzowa und Gleb Morjew zur Waldairedede.

Putins Münchner Rede hat seinerzeit die öffentliche Wahrnehmung von Putin und Putins Russland im Westen grundlegend verändert. Vorher galt Russland eher als potentieller Verbündeter oder, anders ausgedrückt, möglicher Verbündeter bei der Lösung vieler interna-

tionaler Probleme. Seither überwiegt zunehmend die Wahrnehmung von Russland als potentieller Gegner oder als eines der zu lösenden Probleme.

Schaut man sich beide Reden an, fallen vor allem zwei Unterschiede ins Auge, die diesen Perspektivwechsel bestätigen:

1. Der Sinn des scharfen Tons der Münchner Rede lag aus Putins Sicht wohl vor allem darin, aufzurütteln, sozusagen erhört zu werden. Seit seinem Amtsantritt hatte sich Putin darum bemüht, »auf gleicher Augenhöhe« in den Kreis der Welten-/Staatslenker aufgenommen zu werden. Putin provozierte also bewusst und in der Hoffnung, dass sich dadurch etwas ändern könne. Die vom Kreml behaupteten und von einem Großteil der Menschen in Russland geglaubten grundsätzlichen Bruchlinien mit dem Westen waren zwar schon zu sehen, aber das große Erdbeben, das die tektonischen Platten in Bewegung gebracht hätte, war, auch aus Putins Sicht, noch nicht geschehen. In Sotschi konstatierte Putin dagegen den Bruch.
2. In München wandte sich Putin gegen eine unilaterale (oder wie er sich ausdrückte »unipolare«) Weltordnung mit den USA als unangefochtener (und deshalb nicht wirklich an Regeln gebundener) Führungsmacht und forderte dagegen den Aufbau einer multilateralen Ordnung mit klaren Regeln. In Sotschi warf Putin den USA vor, grundsätzlich unilateral zu handeln und sich prinzipiell nicht an internationale Regeln zu halten. Die Welt rutsche so ins Chaos ab. Deshalb gälten diese Regeln aber auch für andere, also auch für Russland, nicht mehr. Sie sind in ihrem Handeln also frei.

Was das bedeutet, sehen wir in der Ukraine. Sowohl die Annexion der Krim als auch der unerklärte Krieg in der Ostukraine werden vom Kreml immer wieder auch damit gerechtfertigt, dass Russland dort nichts anderes mache als die USA / der Westen im Kosovo / im Irak / in Syrien.

Lilia Schewzowa schreibt dazu, scharfzüngig zuge-spitzt wie immer, auf ihrer Facebookseite: »Der Kreml hat sich ein neues Spielzeug ausgedacht: ›Änderung der Weltordnung, ›wachsende Zonen des Chaos, ›weltweite Anarchie. Das soll noch besser funktionieren als das Mantra über die Machenschaften Washingtons. Weltweites Chaos heißt, dass es keinerlei Regeln mehr gibt. Alles ist erlaubt, sowohl nach innen als auch nach außen. Das ist die Ankündigung, eine eigene Weltordnung zu etablieren. Und wir wissen schon, wie die aussehen wird. Das Argument liegt auf dem Tisch. Russland ist eine Atomsupermacht! Welcome in der neuen Welt...«

Schewzowa wertet diese Wendung übrigens auch nicht als Stärke, nicht einmal mehr als Schwäche, sondern schlicht als »Verzweiflung«.

Es dürfte kein Zufall sein, sondern eine bewusste Illustration von Putins Worten, dass just in diesen Wochen fast täglich irgendwo über der Ostsee, der Nordsee oder dem Atlantik russische Kampfflugzeuge und (Atom-)Bomber sich dem Luftraum von NATO-Staaten nähern und damit auf NATO-Seite Alarm auslösen, und dass atomar bestückbare Interkontinentalraketen getestet werden. Auch die von der Kreml-Partei Einiges Russland am 4. November, dem offiziellen Feier-»Tag der Einigkeit des Volkes«, unter Beteiligung aller Duma-parteien organisierte Demonstration unter dem Motto »Wir sind einig« bestätigen Schewzowa. Über Lautsprecher wurde entlang der Demonstrationsroute kundgetan, worauf »wir stolz sind«. Einen der ersten Plätze nahm »das größte Atomwaffenarsenal der Welt« ein.

Der Journalist Gleb Morjew, Redakteur der Internetzeitschrift Colta.ru, kommentierte Putins Waldai-Auftritt auf Facebook ziemlich unverblümt so: »Ehrlich gesagt, verwundert diese Welle an ›politologischen‹ Kommentaren zur Putinrede. Da wird etwas Einfaches unnötig kompliziert gemacht. [...] Die Grundlage der Situation ist, dass die Jungs im Jahr 2000 ans große Geld gekommen sind und ihr Appetit seither wächst und wächst. Teilen wollen sie aber mit niemandem. In den wohlverdienten Ruhestand können sie auch nicht gehen, denn sie haben zu vielen übel mitgespielt. Also soll, so meinen jedenfalls die Jungs, nun die ganze Welt anerkennen, dass die Kohle ihnen gehört. Dass sie jedes – souveräne – Recht haben, bis zum Ende aller Zeiten auf ihr zu sitzen. Und ja, richtig, in gewissem Sinne sollen alle anerkennen, dass sie und Russland eins sind. Und dass das Interesse Russlands darin liegt, dass sie ewig auf der Kohle sitzen. Und wer damit nicht einverstanden ist, ist ein Vaterlandsverräter. Das ist die ganze Politologie.«

Aber das darf man in einer politischen Analyse natürlich so nicht schreiben. Weil es unterkomplex wäre. Weil Staaten, auch der russische, im 21. Jahrhundert so vulgär nicht funktionieren, weil internationale Politik und eventuell Krieg viel zu ernst sind, um auf so einen einfachen Nenner gebracht zu werden. Weil es, letztendlich, auch in Russland einen Staat gibt, also etwas Seriöses, Gesetztes, kodifizierten Regeln Folgendes. Was wäre aber, wenn es, zumindest zu einem großen Teil, so wäre? Wenn dieser Staat längst privatisiert wäre? Vieles spricht dafür.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

CHRONIK

24. Oktober – 6. November 2014

24.10.2014	Finanzminister Anton Siluanow gibt bekannt, dass die russische Regierung bis 2017 38 Mrd. Rubel (ca. 705 Mio. €) zur Unterstützung des Importersatzes einplane. Damit soll die heimische Produktion für Güter des Militärisch-Industriellen Komplexes und anderer Industriesektoren gefördert werden.
24.10.2014	Der Rubelkurs fällt gegenüber dem Euro und dem US-Dollar weiter. Der Euro steigt auf einen neuen Höchstwert von 53 Rubel je Euro, der Dollarkurs auf ein neues Maximum von 42 Rubel pro Dollar. Standard & Poor's setzt das Kreditrating Russlands auf BBB- mit negativer Prognose.
24.10.2014	Im Rayon Tljarata (Dagestan) kommt es zu Gefechten zwischen Sicherheitskräften und mutmaßlichen Untergrundkämpfern. Zwei Aufständische werden getötet, ein Soldat verletzt.
24.10.2014	Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel äußern in einem Telefonat die Hoffnung, dass die Verhandlungen über Gaslieferungen an die Ukraine zu einem baldigen Ergebnis führen. Weiterhin sprechen sie sich für ein neues Treffen der Ukraine Kontaktgruppe und eine Deeskalation der Situation in der Ostukraine aus.
24.10.2014	Präsident Putin nimmt am Abschlussforum des 11. internationalen Diskussionsforums »Waldai« in Sotschi teil und hält eine programmatische Rede zur Außen- und Sicherheitspolitik.
25.– 26.10.2014	In Russland wird die Uhrzeit auf Winterzeit umgestellt. In Zukunft wird Russland bei dieser Zeit bleiben und keine Zeitumstellungen mehr vornehmen.
26.10.2014	Die Hauptverwaltung Moskau des russischen Innenministeriums führt gemeinsam mit der lokalen Moskauer Verwaltungen des Föderalen Migrationsdienstes und des Inlandsgeheimdienstes FSB die Operation »Migrant-2014« durch. Bei der Überprüfung ausländischer Staatsbürger werden in der Hauptstadt in den ersten vier Tagen 14.000 Personen erkennungsdienstlich überprüft.
27.10.2014	Russland erkennt die Parlamentswahlen, die am 26.10. in der Ukraine stattgefunden haben, grundsätzlich an. Außenminister Sergej Lawrow weist jedoch auf zahlreiche Verletzungen im Verlauf des Urnenganges hin. Die Beobachtermission der OSZE hatte erklärt, die Wahlen seien im Einklang mit demokratischen Anforderungen abgehalten worden.
27.10.2014	Das russische Luftfahrtunternehmen »Aeroflot« richtet nach sechs Jahren erstmals wieder eine Direktverbindung zwischen Moskau und der georgischen Hauptstadt Tiflis ein.
28.10.2014	Präsident Wladimir Putin gratuliert der Ukraine in einem Schreiben zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Die Tradition der brüderlichen Freundschaft und gegenseitigen Hilfe solle bewahrt und die heranwachsende Generation mit patriotischen Werten erzogen werden.
28.10.2014	Präsident Wladimir Putin und FIFA-Präsident Sepp Blatter nehmen an einer Aufsichtsratssitzung des Organisationskomitees »Russland-2018« zur Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft teil. Putin erklärt, dass Russland 664 Mrd. Rubel (ca. 12,3 Mrd. €) in das Turnier investieren werden, mehrheitlich in die Energie-, Informations- und Transportinfrastruktur. Die Hälfte der Ausgaben trägt der föderale Haushalt.
28.10.2014	Die neue Billigfluglinie des staatlichen Flugunternehmens »Aeroflot« soll »Pobeda« (»Sieg«) heißen und die Flugrouten des vorherigen Billigfliegers »Dobroljot« übernehmen. »Dobroljot« war von der EU mit Sanktionen belegt worden, da es die Krim anflog.
29.10.2014	Russland erreicht bei dem Doing-Business-Rating 2015 der Weltbank, mit dem die Wirtschaftsbedingungen in einem Land bewertet, Rang 62.
29.10.2014	Ljudmila Schewzowa, Vize-Sprecherin der Staatsduma und stellvertretende Vorsitzende der Dumafraktion von »Einiges Russland« stirbt im Alter von 66 Jahren in Moskau. Schewzowa war vor 2011 zehn Jahre lang stellvertretende Bürgermeisterin Moskaus und Beauftragte für die Sozialpolitik. Präsident Putin bekundet ihren Angehörigen sein Beileid.

29.10.2014	Der stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin gibt bekannt, dass das staatliche Unternehmen »Rosoboronexport«, das für den Export und Import von Rüstungsgütern zuständig ist, eine Einladung in die französische Hafenstadt Saint-Nazaire erhalten habe, um der Übergabe des ersten Hub-schrauberträgers »Mistral« am 14. November beizuwohnen. Von französischer Seite wird dementiert, dass es einen genauen Übergabetermin gäbe.
29.10.2014	Das russische Justizministerium verweigert der »Partei des Fortschritts« des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj die Registrierung. Die Partei habe die Anforderung nicht erreicht, innerhalb von sechs Monaten in der Hälfte der Föderationssubjekte regionale Gliederungen zu gründen. In einer Vielzahl von Regionen wurde die Registrierung von entsprechenden Abteilungen verweigert. Hierzu sind Gerichtsverfahren anhängig.
30.10.2014	Die NATO teilt mit, dass die russischen Luftstreitkräfte in den vergangenen zwei Tagen über der Ost- und Nordsee und dem Schwarzen Meer ungewohnt aktiv waren. In Reaktion auf die Annäherung russischer Kampfflugzeuge an den eigenen Luftraum seien Flugzeuge der Streitkräfte Norwegens, Großbritanniens und Portugals über der Nordsee sowie türkische Kampfflugzeuge über dem Schwarzen Meer aufgestiegen.
30.10.2014	Jurij Chrisman, von 2012 bis Ende 2013 Leiter des staatlichen Unternehmens »Dalspezstroj« (Sonderbauten in Fernost) und Generalbeauftragter des Kosmodroms »Wostotschnij«, wird nach einer Wohnungsdurchsuchung im Gebiet Moskau wegen Diebstahls und Veruntreuung von Haushaltsgeldern in besonders großem Ausmaß festgenommen.
30.10.2014	Das Moskauer Schiedsgericht gibt der Klage der russischen Generalstaatsanwaltschaft statt, wonach die Privatisierung des baschkirischen Ölkonzerns »Baschneft« ohne Genehmigung föderaler Behörden illegal gewesen sei. Demnach fallen 71,4 % der »Baschneft«-Aktien, die sich im Besitz von »Sistema« befinden, an den Staat zurück. Mitte September war Wladimir Jewtuschenkow, Milliardär und Eigentümer der Holding »Sistema«, wegen der unrechtmäßigen Aneignung dieser Aktien festgenommen und unter Hausarrest gestellt worden.
30.– 31.10.2014	Russland und die Ukraine einigen sich unter Vermittlung der Europäischen Kommission auf Gaslieferungen für das Winterhalbjahr. Die Ukraine bezahlt bis Ende des Jahres 3,1 Mrd. US-\$ an ausstehenden Gasschulden, der Gaspreis wird auf 378 US-\$ pro 1.000 m ³ im vierten Quartal 2014 und auf 365 US-\$ pro 1.000 m ³ im ersten Quartal 2015 festgelegt.
30.– 31.10.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einer Telefonkonferenz mit Petro Poroschenko, Angela Merkel und François Hollande die Situation in der Ukraine. Alle Seiten begrüßen die Einigung über die Gaslieferungen in die Ukraine und fordern die Einhaltung der Friedensvereinbarung von Minsk sowie eine weitere Regulierung des Konflikts in der Ostukraine.
31.10.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht mit den Mitgliedern des russischen Sicherheitsrates die Situation in der Ostukraine vor den Wahlen der Separatisten am 2. November sowie die Gasvereinbarung mit der Ukraine. Weiterhin werden die erfolgreichen Starts der »Sojus-2.1a« Rakete und der seegestützten Interkontinentalrakete »Bulawa« besprochen.
31.10.2014	Der Föderale Dienst für Medienaufsicht »Roskomnadsor« spricht dem Radiosender »Echo Moskwy« eine Verwarnung aus. Ein Interview mit Journalisten, die bei den Gefechten um den Flughafen in Donezk anwesend waren, hätte Kriegsverbrechen gerechtfertigt.
02.11.2014	In den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk in der Ostukraine werden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt. Die EU erklärt, sie werde die Wahlen nicht anerkennen, diese seien neue Hindernisse auf dem Weg zu einem Frieden in der Ukraine. Russland erklärt dagegen, die Willensäußerung der Bewohner im Südosten der Ukraine zu achten.
02.11.2014	In Moskau demonstrieren rund 6.000 Ärzte und Mitarbeiter des Gesundheitswesens gegen die Reformen im Moskauer Gesundheitswesen, bei denen die Zahl der Krankbetten deutlich verringert und Personal abgebaut werden soll.

04.11.2014	In der Moskauer Innenstadt nehmen nach Angaben der Moskauer Polizei 75.000 Menschen an einem Marsch unter dem Motto »Wir sind geeint« zum Tag der nationalen Einheit teil. Neben Flaggen politischer Parteien und russischer Regionen sind Flaggen der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk zu sehen. Präsident Wladimir Putin besucht nach einem feierlichen Empfang gemeinsam mit Patriarch Kirill die Ausstellung »Meine Geschichte. Rurikiden« aus dem Zyklus »Orthodoxe Rus«.
04.11.2014	Im Moskauer Vorort Lublino kommen am »Tag der nationalen Einheit« ca. 10.000 Nationalisten zum »Russischen Marsch« zusammen.
05.11.2014	Ein Bezirksgericht in Astrachan verurteilt den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Michail Stoljarow wegen der Annahme von Bestechungsgeld zu zehn Jahren Haft und einer Strafzahlung von 500.000 Rubel (ca. 9.000 €).
05.11.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet eine Gesetzesnovelle, wonach das öffentliche Zeigen von faschistischer Emblemen oder Symbolen extremistischer Organisationen, die mit den Nationalsozialisten kollaborierten, unter Strafe gestellt wird. Höchststrafen sind 100.000 Rubel (ca. 2.000 €) oder 15 Tage Haft.
05.11.2014	Das US-amerikanische Zeitschrift »Forbes« kürt Russlands Präsidenten Wladimir Putin das zweite Jahr in Folge zur einflussreichsten Person der Welt, vor US-Präsident Barack Obama und dem Präsidenten der Volksrepublik China Xi Jinping.
05.11.2014	Das »Wall Street Journal« meldet, dass US-amerikanische Staatsanwälte gegen den Finanzinvestor Gennadij Timtschenko, lange Zeit Mitbesitzer des Öltraders Gunvor, eine Untersuchung wegen des Verdachts auf Geldwäsche eingeleitet haben.
06.11.2014	Der russische Fernsehsender »LifeNews« meldet, dass der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj insgeheim von der Präsidentialverwaltung finanziert werde. Dies wird von der Präsidentialverwaltung dementiert.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>